

Heinrich v. Sybels Stellung zu den politischen Vorgängen 1859 bis 1862

(Teildruck)

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde genehmigt von der
Philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität
zu Berlin

Von

Martin Ferres

aus Mülheim (Mosel)

Tag der mündlichen Prüfung: 14. 11. 1929

Tag der Promotion: 30. 7. 1930

Emil Ebering, Berlin NW 7, Mittelstraße 29.

Referenten: Prof. Dr. Meinecke
Prof. Dr. Brackmann



Mit Genehmigung der Hohen Philosophischen Fakultät kommt hier nur der erste Teil der ganzen Arbeit zum Abdruck. Die vollständige Untersuchung wird als Band der „Historischen Studien“ bei E. Ebering, Berlin, erscheinen.

Inhaltsverzeichnis.

Vorwort.

Einleitung.

Erstes Kapitel:

Sybel als politischer Beobachter und Ratgeber von
1859—1861.

Zweites Kapitel:

Sybels Abschied von München.

Drittes Kapitel:

Sybel als Abgeordneter.

Anhang.

Literaturbericht.

Abkürzungen:

K. Z. = Kölnische Zeitung.

H. Z. = Historische Zeitschrift.

Die gesperrt gedruckten Stellen stammen vom Verfasser.



Digitized by the Internet Archive
in 2026

Vorwort.

Die historische Würdigung einer der liberalen Führerpersönlichkeiten aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts hat ihre besonderen Schwierigkeiten, die sich da noch erhöhen, wo man ihre Ideenwelt an konkreten politischen Vorgängen zu messen hat. Man sollte glauben, daß gerade der Liberalismus, dessen Grundforderung die persönliche Freiheit ist, der individuellen Ausgestaltung des Einzelnen besonderen Raum gewähren und einen besonders günstigen Boden für große, selbständige Charaktere abgeben würde. In Wirklichkeit aber hat er einen so nivellierenden Einfluß ausgeübt, daß unter seinen Anhängern keiner den großen Führern der entgegengesetzten Richtung an die Seite gestellt werden kann. Diesen waren die starken Kraftquellen: Tradition, inniges Verwachsenheit mit dem Staat und enge Gebundenheit an tief religiöse Anschauungen, geblieben, den Liberalen war nur das noch nicht in feste Formen gespannte bürgerliche Standesbewußtsein gegeben, das von vornherein nicht die Kräfte ausstrahlen konnte, das einzelne Individuum zur imponierenden Staatspersönlichkeit zu steigern. An Klugheit und Weitsicht überragen viele von ihnen die Anhänger der alten konservativen Staatsanschauung; diese aber hatten einen zähen, erprobten Willen, der bis zur Selbstaufopferung fähig war, wenn es um den Staat, ihren Staat, ging. Ihr Staatsideal war ein festumrissenes, klares Gebilde, das des Liberalismus ein labiles, ungleiches, unklares. Der Konservative wußte in jedem Augenblick, wofür er seine ganze Leidenschaft einzusetzen habe, der Kampftruf des Liberalismus war zunächst ein negativer. Wenn auch bei ganz, ganz wenigen der Freiheitsbegriff ein verhältnismäßig vollkommener, positiver war,¹ so verstanden die meisten unter ihm ein frei sein von etwas.

1. Vgl. Heinrich v. Treitschke: Die Freiheit. (Aufsätze, Reden und Briefe) Meersburg 1929, Bd. II, S. 9—42.

Charaktere können aber nur an starken, positiven Gedanken sich emporringen; nur große, klare Formen haben die Kraft, bedeutende Persönlichkeiten zu ergreifen und zu gestalten. Während in der Reformzeit die Führer fortschrittlicher Ideen in Preußen noch erfaßt waren und innig verbunden blieben mit dem überlieferten Staat und seinen tiefsten Wurzeln, löste der spätere liberale Gedanke seine Anhänger aus dieser engen Verkettung los und stellte Individuum und Staat freier einander gegenüber. Für die Einzelpersönlichkeit als solche war Raum zur Entfaltung ihrer ureigenen Kräfte gewonnen, aber dem am Staate Arbeitenden war eine starke Quelle entrissen, der Staat selbst.

So finden wir wohl bei der Betrachtung der Personen eine Vielseitigkeit der Interessen und Gedanken, aber eine Verflachung in der Beziehung zum Staatsgebilde. Auf diese Weise läßt es sich erklären, daß kein Einzelner das durchschnittliche Niveau der Liberalen an politischer Wirksamkeit um Bedeutendes überragte, der Gesamtheit jedoch der dämonische Wille abging, alles und jedes aufs Spiel zu setzen. Die Betrachtung eines Führers zwingt immer wieder zur Betrachtung der Gesamtheit, wenn man ihn verstehen will, und zeigt ihn als einen in der Phalanx vieler Kampfgenossen, von denen er sich nur durch seine geistige Physiognomie und zuweilen durch stärkeren Impuls unterscheidet.

Einleitung.

In der Blüte seiner Schaffenskraft, als Gelehrter weit über die Kreise seiner Fachgenossen bekannt, durch seine polemischen Schriften und Aufsätze von seinen Gegnern gefürchtet und von den Freunden hochgeschätzt, trat Heinrich v. Sybel in die Zeit der neuen Aera ein. Ein geborener Rheinländer, gewandt im Auftreten, witzig und temperamentvoll, interessiert und begeistert für die Errungenschaften der Kunst und Literatur, geistreich in der Unterhaltung und schlagfertig in der Diskussion, war er ein Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens in München.¹ Die Abneigung gegen die unduldsamen Vorurteile der feudalen Gesellschaftsschicht, der ungestüme Drang nach persönlicher Unabhängigkeit und Geltung waren von dem Vater auf den Sohn übergegangen, aber die trotzige Art, die in dem schweren Westfalenblut des Soester Pfarrersohnes sich immer wieder Ausdruck verschafft hatte, war gebändigt durch den lebenswürdigeren Erbteil der Mutter, der geistig beweglichen Tochter des Elberfelder Großkaufmanns. Sie hatte nicht nur mit ihrem Blute ihr heiteres Wesen auf den Sohn übertragen, sie hatte es auch verstanden, seine Kindheit und Jugend so sorgenlos, so anregend, so sonnig wie nur irgend möglich zu gestalten. Den Sinn für Schönheit, den sie in ihn hineingeboren, pflegte und entwickelte sie mit mütterlicher Sorgfalt.²

1. Vgl. I. C. Bluntschli: Denkwürdiges aus meinem Leben. Nordlingen 1884, Bd. II, S. 304 ff.

2. In dem Vorwort zu den „Erinnerungen an Friedrich v. Uechtritz und seine Zeit“ (Leipzig 1884) sagt Sybel: „Eine der besten Erinnerungen aus meiner glücklichen Jugendzeit ist das Angedenken an jene schönen Düsseldorf Tage, in welchen auf dem engen Raume einer damals sehr stillen Mittelstadt ein unvergleichliches Zusammenwirken aller Künste durch Schadow und seine kräftig aufblühende Schule, durch Felix Mendelssohn's musika-

In engem Verkehr der Eltern mit den führenden Kreisen des niederrheinischen Wirtschaftslebens, wuchs der Knabe ganz in der Gedankenwelt dieses großbourgeoisen Milieus auf: In seinen Studentenjahren verbrachte er manche Wochen in freundschaftlichem Zusammensein mit v. Beckerath und Mevissen in Krefeld und bewahrte die enge Fühlung mit diesen Männern bis in sein hohes Alter. In diesen politisch interessierten Schichten des Rheinlandes erwachte der Sinn des jungen Sybel für die Fragen des Staatslebens, die ihn immer stärker erfaßten. Seine politische und vor allem seine wissenschaftliche Tätigkeit führten ihn dann mit Bewußtsein der Zeit entgegen, die hier zu betrachten unsere Absicht ist. In Kampfstellung findet sie ihn und auf einem vorgeschobenen Posten. Seine Freunde wußten, was sie von ihm erhoffen durften, und seine Feinde, warum sie ihn zu fürchten hatten.

Um zwei Fragen ging der Kampf in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts. Tief ineinander verwoben, aus einem Schoße geboren, sich gegenseitig nährend und stützend, lebten sie in ihren Trägern so eng zusammen, daß sie, in ihrer Zwillingform nicht immer erkannt, sich nach außen meist in ihrer Verkettung offenbarten.³ Erst der Ausgang des Kampfes zeigte deutlich, daß sie, von Geburt aus geschieden, nur einem gemeinsamen Ziele zustrebten. Die historische Entwicklung Deutschlands bedingte es, daß sie von einer Zunge ausgesprochen und von einem Geiste bekämpft wurden. Liberale und nationale Wünsche waren Eigentum derselben Seele. Liberale Staatsform und Bildung eines einigen deutschen Reiches lassen sich jedoch heute als getrennte Komplexe erfassen, ohne verkennen zu können, welche enge Beziehungen zwischen beiden bestanden. Damals sah man als Ziel des politischen Kampfes ein von liberalem Geiste regiertes einiges deutsches Reich. Das Reich wurde geschaffen, die Staatsform, die man

lisches Genie, durch Immermann's, Rechtritz's und Schnaase's literarische und dramaturgische Leistung in das Leben gerufen wurde. Geraume Zeit hindurch bildete mein elterliches Haus einen der Mittelpunkte für den geselligen Verkehr dieses reichen und fruchtbaren Kreises. — Hier habe ich erfahren, welche ein Segen es ist, in jugendlich empfänglicher Zeit zu richtiger Ausbildung des Schönheitssinnes angeregt zu werden.“ (S. V.)

3. Vergl. Ludwig Dehio: Die Taktik der Opposition während des Konflikts. H. Z. Bd. 140, S. 279 ff.

erstrebte, hat sich erst später entwickelt. Bei der Betrachtung des Ringens in der hier in Frage stehenden Zeit fließt beides oft noch so ineinander über, daß die einzelnen Komplexe nicht isoliert voneinander besprochen werden können; doch scheint es in der Einleitung notwendig, die Stellung Sybels zu der einen und der anderen Frage getrennt zu behandeln.

Es war nicht Sybels Art, über abstrakte Fragen zu reflektieren; die philosophische Denkungsart war ihm fremd. Wo er Betrachtungen über reine Begriffe anstellte, läßt er überall eine systematische Anordnung der Gedanken, eine philosophische Deduktion des Wesentlichen und eine klare Umgrenzung des Begrifflichen vermissen. Ganz gefühlsmäßig, durch Abstammung, Erziehung und Milieu dazu hingedrängt, erkannte er den Staat für den besten, der, um es zunächst allgemein zu sagen, der liberalen Weltanschauung entsprach. Zu einer klaren Formulierung dieses Staatsbegriffes hat sich Sybel ebenso wenig wie irgend ein anderer Liberaler durchgerungen.⁴ Nur einmal versuchte sich Sybel mit diesem Begriff auseinander zu setzen. Er wollte auch hierbei nicht eine exakte, systematische Untersuchung anstellen, sondern mit wissenschaftlichen Mitteln die Grundthese der romantisch-feudalen Staatslehren erschüttern.⁵ Diese kurze, mehr mit negativen als mit positiven Elementen ausgefüllte Präzisierung seines Staates lohnt sich deshalb hier anzuführen, weil sie seinen einzigen Versuch einer Abgrenzung bietet — somit für die spätere Betrachtung der Sybel'schen Haltung zu den rein politischen Fragen sehr aufschlußreich ist. „Wir wollen gleich hier den Grundsatz der folgenden Erörterungen dahin aussprechen, daß auch wir den Staat und seine allgemeinen Gesetze als eine Schöpfung von oben anerkennen. Von oben nämlich in dem Sinne, daß diese Gesetze unabhängig von der Willkür der Ein-

4. Dahlmanns Versuch in seiner „Politik“, der auf die Gedankenrichtung Sybels von außerordentlicher Bedeutung war, ist eine starke Anlehnung an Hegels Staatsauffassung, ohne aber dessen von den Menschen losgelösten, über den Menschen schwebenden, objektiven Staat in seiner reinen Form zu übernehmen. Trotz der Ablehnung der naturrechtlichen Staatsauffassung sind doch starke Elemente derselben hineingeflossen.

5. Sybel: Die christlich-germanische Staatslehre. Marburg 1851 (abgedruckt in den „Kleinen Historischen Schriften“, München 1863, S. 361 ff.).

z e l n e n sind, und wären es auch alle Einzelnen; daß niemand, weder Fürst noch Volk sich ungestraft der Pflicht entzieht, eine Verheißung zu erfüllen, einen Vertrag zu halten, eine anerkannte Rechtssphäre zu achten; daß niemand, weder König noch Untertan ungestraft dem Laufe der Natur Gewalt antut, sich von seiner Nationalität abtrennt, von dem geschichtlich Gewordenen losreißt, dem Strom der neuen Entwicklung in den Weg tritt. Dieses alles ruht auf höheren Gesetzen, welche älter sind als der Einzelne, dessen Leben erst durch deren Herrschaft entsteht und unter derselben verläuft.“⁶

Eine Abgrenzung nach zwei Seiten. Der Staat ist keine Gesellschaftsform, „nicht bloß etwas Gemeinsames unter den Menschen“,⁷ nicht etwas aus der Willkür der Menschen Entstandenes; er ist aber auch kein reiner Obrigkeitsstaat, nicht ein Werk von Gott eingesetzter Fürsten oder Stände.

Seiner liberalen Weltanschauung entsprechend konnte die Frage nach dem Wesen des Staates nicht lauten: Hat einer mit Gottes Hilfe den Staat geschaffen, oder hat ihn das Volk in seiner Gesamtheit hervorgerufen? Er sah den Staat weder über sich, dem er nur als Werkzeug zu dienen habe,⁸ noch sah er ihn unter sich, um ihm unumschränkter Herr zu sein. Er sah ihn neben sich, einen lebendigen Strom ewiger Kräfte, die sich in ununterbrochener Wechselbeziehung zu den Menschen entwickelt, geformt und weitergetragen, weiterentwickelt haben. In diesen Kräften lag für ihn das Wesen des Staates: In seinen G e s e t z e n, die in ihrer Auswirkung wandelbar, aber in ihrem Ursprung ewig sind. „Der R e c h t s s t a a t ist der irdische Abglanz des christlichen Willens, wie er das uranfängliche Ziel des germanischen Gemeinwesens ist“.⁹ Nur in einem Rechtsstaat konnten die Liberalen ihrer Grundanschauung von der Freiheit des Individuums vom Staate und ihrem tieferen Streben nach freier Mitarbeit an der Gestaltung des Staates und der Gesellschaft nachkommen.¹⁰ Zu dem Gedanken der Volks-

6. Ebenda S. 374.

7. Friedr. Christoph Dahlmann: Die Politik auf den Grund und das Maß der gegebenen Zustände zurückgeführt. Göttingen 1835, S. 4.

8. Vgl. Hegel: Vorlesungen über die Philosophie der Weltgeschichte.

9. Sybel: Die christlich-germanische Staatslehre, a. a. O. S. 414.

10. Vgl. Fr. Meinecke: Zur Geschichte des älteren deutschen Parteiwesens. (H. Z. Bd. 118, S. 53/54.)

souveränität hat sich Sybel nie durchringen können; ist doch die strenge Gleichheitsforderung und gar die Forderung, daß der Volkswille herrsche, selbst bei überzeugten Demokraten nicht uneingeschränkt vorhanden gewesen.¹¹ Sybel, in seiner ganzen Auffassung mehr Aristokrat als Bürger, verwarf den großen Einfluß des Gesamtvolkes bei der Gestaltung des Staatslebens. Wo er von dem Volke sprach, das mit Recht seine Ansprüche an einer Mitregierung stelle, da meinte er „die selbständigen und unabhängigen Leute des Mittelstandes“, die „den Kern und die Kraft des Volkes“¹² darstellen. Eine unverkennbare Abneigung gegen die Intentionen der Masse läßt sich bei ihm auf Schritt und Tritt feststellen. Herrschaft der Masse bedeutete für ihn „Zerstörung des Eigentums und Herrschaft der Gewalt“.¹³ Sybel konnte sich zu keiner anderen Staatsform bekennen als zu der konstitutionellen Monarchie. Sie schloß die Alleinherrschaft des Königs bzw. der feudalen Kaste aus und war ein Wall gegen die Anstürme der Massen. Die Willkür des Herrschers wäre gebunden, der König, ein Garant der „Ordnung“, geblieben und die Kontinuität der Staatsgeschäfte gewahrt. Ein durchaus aristokratisches System, dem ein großer Teil der Liberalen aus den gehobenen wirtschaftlichen und sozialen Kreisen entgegenstrebte. Diesem System galt Sybels politischer Kampf, der vor allem in den Jahren 1859—66 heftig und leidenschaftlich entbrannte.

Schon 1848 war er energisch und bewußt für seine Forderungen eingetreten. Wenn auch seinen großen Anstrengungen ein relativ geringer Erfolg beschieden war, so haben ihn doch die bewegten Zeiten in seinen Anschauungen geklärt und in seinem Willen gefestigt.

Sybels Rechtsstaat mag in seiner Fassade liberal erscheinen, in seinem Wesen aber trägt er so starke konservative Züge, daß man im ersten Augenblick nur schwer entscheiden kann, ob sein Träger ein „konservativer Wigh“ oder mehr ein liberalisierender

11. Vgl. ebenda S. 58.

12. In einem von Sybel unterzeichneten Wahlgesetzentwurf vom 9. August 1848. (Nachl. Sybel.)

13. In dem von Sybel entworfenen „Programm des Vaterlandsvereins“ vom 28. April 1848 (Nachl. Sybel) und an anderen Orten.

Torry ist. Mehr noch als im Historiker Sybel¹⁴ mischen sich in seinem rein politischen Streben¹⁵ beide Elemente, das liberale und konservative, so daß eine strenge Teilung kaum möglich ist. Sein Kampf gegen die Feudalen mußte noch nicht unbedingt von liberalen Anschauungen diktiert sein. Er ist es auch bei Sybel nicht. Wenn er die Freiheit des Individuums forderte, so war das ein Kampf gegen die Vorrechte „der privilegierten Corporation“¹⁶ der vergangenen Jahrhunderte, die „dem fortschreitenden Leben abgestorbene Elemente“¹⁷ aufnötigen wollte. Er wollte damit nicht die Freiheit des Individuums als solches, die Freiheit also aller Individuen, sondern nur die der Klasse, der er angehörte. Er wollte noch mehr, er forderte, daß diese Klasse die bisherigen Bevorrechtigten abzulösen habe, daß sie, die „neue Aristokratie“, an die Stelle der alten gesetzt werde. „Die jedesmalige Aufgabe besteht darin, die wahre, bestehende Aristokratie der betreffenden Zeit aufzufinden, und nur sie, und keine abgestorbene und knechtisch gemachte zu berechnen.“¹⁸ Aristokratische Züge trug wohl überhaupt der Liberalismus, besonders in der ersten Hälfte des Jahrhunderts, aber nur bei wenigen waren sie so bewußt geblieben wie bei Sybel. Die Erfahrungen von 1848 hatten doch bei vielen Liberalen die Erkenntnis erzwungen, daß in den unteren breiteren Schichten des Volkes starkes, sich zum Leben durchsetzendes politisches Bewußtsein regte, das mit Macht, „naturgemäß“ und „unwiderstehlich“ in die Kampflinie des gehobenen Bürgertums einrücken werde.¹⁹ Dieses Verständnis für die tieferen, nur halb noch schlummernden Kräfte der unteren Volksklassen ging Sybel ab; und die demokratischen

14. Vgl. I. C. Bluntschli: a. a. O. S. 304/308.

15. Bei Sybel gingen freilich historisches Denken und politisches Wollen ineinander über. Es würde aber im Rahmen dieser Arbeit zu weit führen, wollten wir diesen Gegenstand einer eingehenden Betrachtung unterziehen.

16. Wahlgesetzentwurf vom 9. August 1848 a. a. O.

17. Rundschreiben Sybels vor der Gründung der H. Z. im Juli 1858. (Nachl. Sybel).

18. Ein mit S. signierter, wahrscheinlich von Sybel stammender Artikel: „Das Oberhaus des preußischen Verfassungsentwurfs“ in dem „neuen Verfassungsfreund“ vom 7. Juni 1848.

19. Vgl. G. G. Gervinus: Einleitung in die Geschichte des 19. Jahrhunderts. Heidelberg 1852.

Forderungen hervorragender teils ihm freundschaftlich nahe-
stehender Führer wies er unwillig zurück.²⁰

Es ist schon oben gesagt worden, daß die liberalen Reform-
gedanken so stark mit der nationalen Idee durchtränkt waren, daß
de facto beide neben- und durcheinander die Zeit der neuen Ära
bis zur endgültigen Bildung des deutschen Reiches durchziehen.
Den ehrenvollen Titel einer neuen Zeit, einer „neuen Ära“, ver-
dienen diese Jahre aber weniger durch das Hineinfließen neuer,
liberaler Staatsgedanken, als wegen des erneuten Anlaufes zur Ge-
staltung der nationalen Einheit. Es läßt sich nicht sagen, daß auch
ohne die Anteilnahme liberaler Staatsmänner in den Jahren von
1858—61 an den Regierungsgeschäften das Bismarck'sche Reich
doch begründet worden wäre; wie man überhaupt in der Kette des
geschichtlichen Werdens kein Glied auslassen darf. Wichtiger als
die innere Reformarbeit dieser Leute für die Entwicklung ist der
mächtige Anstoß, der mit dem Eintritt des liberalen Einflusses dem
nationalen Leben gegeben wurde. Mit 1859 begann der große
Endkampf um Deutschlands Gestaltung, der sicher nicht mit solcher
Wucht und Energie durchgeführt worden wäre, wenn nicht von den
Hauptträgern der nationalen Idee sich die Kraft in die Gemüter und
das Bewußtsein in die Köpfe aller, auch der Gegner des liberalen
Gedankens, gesenkt hätte.

Es mag tragisch erscheinen, daß der Mann, der ihr schärfster
Gegner war, den liberalen Führern die Initiative aus den Händen
riß und es ihnen nicht vergönnte, ihr Werk zu gestalten; daß der
machtvollste Vertreter des konservativen Denkens den Sieg in einer
Sache, die den Liberalen so viel Herzblut gekostet, an seine Fahne
heften konnte. Es wäre aber historisch ungerecht, wollte man in
Bismarck den Reichsgründer feiern und mit Verachtung auf die
Menschen schauen, die Jahrzehnte lang den nationalen Gedanken
unter großen Mühen genährt, ihn so stark wieder entzündet und zur
lodernden Flamme entfacht hatten, aber es einem anderen über-

20. Der fast visionäre Blick Gervinus', der wohl am tiefsten die kom-
mende Zeit sah, der schon 1850 die Republik als einzig mögliche Staatsform
forderte (Brief an Haym vom 7. Dezember 1850. Nachl. Haym), war freilich
eine Seltenheit.

lassen mußten, dem glühenden Eisen seine Form und Gestalt zu geben.

Mit denen, die nach den 48er Jahren am leidenschaftlichsten für Deutschlands Einigung gekämpft haben, darf man sicher mit an erster Stelle Heinrich v. Sybel nennen. Bevor hier seine Anteilnahme in dem Kampf der nächsten Jahre betrachtet wird, soll ein kurzer Bericht über sein Wirken in dieser Richtung vor dem Eintritt der Liberalen in die Regierung gegeben werden. Der Ruf zur deutschen Einigung, der 1848 durch die Revolutionsstürme klang, fand Sybels Ohr und Herz. Der junge Marburger Professor stellte sich sofort in die ersten Reihen der Kämpfer, die für das einige Reich stritten. Er wurde Mitglied des Vorparlaments und stimmte in Sorge darum, daß das begonnene Werk der Einigung wieder zerschellen könnte, für dessen Permanenz.²¹ Der Gedanke, daß mit Einschluß der beiden deutschen Großmächte: Preußen und Oesterreich, ein deutscher Staat nicht gegründet werden konnte, lebte tief in ihm. Welche Stellung aber Preußen in dem neuen Reiche einnehmen sollte, war ihm nicht so ganz klar. Er wußte nur, daß es die Führerrolle übernehmen müsse; die Schwierigkeiten dieser waren ihm nicht so bewußt wie anderen Gesinnungsgegnossen. Pfizer, Gagern und vor allem Droysen sahen die Klippen viel schärfer. Sie wußten, daß entweder Preußen in Deutschland aufgehen müsse, wenn es die übrigen deutschen Bundesstaaten nicht zurückstoßen wolle, daß es also seine „historische Individualität und Staatspersönlichkeit“ opfern müsse oder sich „in scharfer Weise konstitutionell“²² zu orientieren habe, um unmittelbares Reichsland zu werden, dem sich die anderen Staaten nach und nach anschließen sollten. Sybel sah 1848 diese „Angeln“ der preußisch-deutschen Einigung nicht in voller Schärfe. Er begrüßte von vornherein die landständischen Gesetze 1847 nicht nur, weil sie ihm als der Weg zum Konstitutionalismus erschienen, sondern weil er glaubte, daß durch die preußische Verfassung dieser Staat sich im „Interesse deutscher Einigung mit den übrigen deutschen Staaten in innere Uebereinstimmung“ setze.²³ Daß eine Verfassung eine

21. Verhandlungen des Vorparlaments 1848, S. 73.

22. Vgl. Friedrich Meinecke: Preußen und Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, S. 9, München 1918.

23. H. v. Sybel: Die politischen Parteien der Rheinprovinz in ihrem Verhältnis zur preußischen Verfassung. Düsseldorf 1847, S. 59.

bedeutende Grenzbezeichnung einer Staatseinheit war, mag er wohl erkannt haben; aber er glaubte, daß eine in seinem Sinne, also auf dem Repräsentativsystem sich aufbauende Verfassung, Preußen den anderen Staaten, die schon mit mehr oder weniger Recht sich einer solchen erfreuten, anbrüdern würde. Auch die Gefahr einer oktroyierten Verfassung schien ihn nicht belehrt zu haben, daß ein so geschlossener Staat ein Hindernis für die Einigung sein müsse, daß eben im Interesse der Einheit die Glieder sich etwa opfern müßten. In aller Schärfe lehnte er es 1848 ab, daß die Nationalversammlung sich in die verfassungsmäßigen Angelegenheiten eines Einzelstaates irgendwie einmischen solle. „Das Allerschlimmste wäre es, wenn irgend eine Staatsform von oben herunter den einzelnen Staaten befohlen werde.“²⁴ Nicht nur die Furcht vor einem radikalisierenden und revolutionären Einfluß der Volksvertreter spricht aus dieser Stelle, sondern auch die Unklarheit, die das Gesamtproblem der preußisch-deutschen Einigung für ihn in sich trug. Mit keinem Worte nahm er Stellung gegen die sich formende preußische Staatseinheit.²⁵ Sybels Auge war zu sehr getrübt durch das englische Beispiel, das ihm seine Verehrung für sein persönliches Vorbild Edmund Burke so nahe gebracht hatte. Er übersah gerne die ganz andere Entwicklung der englischen Geschichte und des englischen Staatsgebildes. Es wirkt beinahe grotesk, wenn er in seiner scharfen Entgegnung gegen den Reichsgesetzentwurf der XVII Vertrauensmänner²⁶ über den Canal weist. Wieviel komplizierter lagen die Dinge in Deutschland. In der unten erwähnten Schrift wünschte er alle deutschen Staaten nach englischem Muster konstituiert, die sich dann in friedlichem Zusammenwirken mit einem vom Volke gewählten Reichstag in die Gewalt zu teilen hätten. Die Frage eines einheitlichen Oberhauptes schien ihm von sekundärer Bedeutung.

In der Reaktion, die der stürmischen 48er Bewegung folgte, ebten die politischen Leidenschaften ab. In seinem geschicht-

24. Vgl. Wahlauf Ruf Sybels vom 10. April 1848. (Nachl. Sybel).

25. In dem oben erwähnten Aufsatz: „Das Oberhaus des preußischen Verfassungsentwurfs“ klingt sogar eine leise Zufriedenheit durch, daß Preußen sich zu konstituieren beginne.

26. H. v. Sybel: Über das Reichsgrundgesetz der XVII Vertrauensmänner. Marburg 1848.

lichen Hauptwerk²⁷ trug Sybel seine Empfindungen zusammen; in engem Verkehr mit den führenden Wirtschaftlern der Zeit und den Exponenten der liberalen Ideenwelt klärte sich sein politisches Denken. Arbeitend und hoffend lebte er den Tagen entgegen, die die liberalen Gedanken wieder hervorhoben und von ihnen große Taten forderten.

27. H. v. Sybel: Geschichte der Revolutionszeit von 1789 bis 1795. Düsseldorf 1854.

Erstes Kapitel.

Heinrich v. Sybel als Beobachter und Ratgeber von 1859 bis 1861.

Man könnte fast die Geschichte des handelnden deutschen Liberalismus eine Geschichte versäumter Gelegenheiten nennen. Die politische Entwicklung spielte seinen Trägern mehr als einmal Situationen in die Hand, die voll auszunützen es ihnen sowohl an Weitblick als an innerer Kraft mangelte. War es 1848 nicht gelungen, die Widerstände, die sich im Innern des Reiches der großen freiheitlichen und nationalen Bewegung entgensetzten, zu überwinden, so ließ man 1859 eine Gelegenheit unbenützt vorüberziehen, die sich in einer außenpolitischen Verwicklung darbot. Wenn man nach den Gründen sucht, so wird man zuerst auf die politische Unfähigkeit der maßgebenden Persönlichkeiten stoßen; wenn man aber tiefer gräbt, steigen die Zweifel auf, ob im deutschen Liberalismus überhaupt die Kraft enthalten war, schwere Hindernisse zu überwinden und ein großes weltgeschichtliches Werk zu vollenden. So innig der Liberalismus und die nationale Idee sich vermählt hatten, so blieb es doch einem Manne aus ganz anderem Lager vorbehalten, dem deutschen Reich Form und Gestalt zu geben. Die außenpolitischen Verwicklungen boten 1859 den gerade in Preußen zur Regierung gekommenen Männern der neuen Aera die erste und günstigste Gelegenheit, im nationalen Sinne zu handeln; Aengstlichkeit, Uneinigkeit und doktrinäre Verblendung ließen den Augenblick vorübergehen. Daß der geistvolle, aber immer zögernde Schleinitz an der Spitze des Auswärtigen Amtes stand, dafür trägt letzten Endes der Prinz-Regent die Schuld;¹ die Unsicherheit und

1. Wie sehr in der konservativen Anschauung des Prinz-Regenten und späteren Königs Wilhelms I. sich den Liberalen ein mächtiges Bollwerk entgensetzte, ist bekannt. Sein heftiger Widerstand gegen freiheitliche Intentionen hätte aber die zur Macht gekommenen liberalen Kräfte schärfer anspannen und zu einem geschlosseneren und zielbewußteren Vorgehen antreiben müssen.

Unklarheit im politischen Urteil der führenden Liberalen in ganz Deutschland hat nicht wenig dazu beigetragen, daß man das Eisen erst dann zum Amboß tragen wollte, als es sich schon abgekühlt hatte.

Durch alle politischen Lager ging damals ein Riß bei der Erwägung, ob Preußen am Kriege teilnehmen solle oder nicht, ob es sich an die Seite Oesterreichs oder Italiens stellen, ob es die Schwäche Oesterreichs für nationale Belange ausnützen oder passiv dem Verlauf des Krieges zusehen solle.² Die stärksten Worte, die der Situation am meisten gewachsenen Urteile hörte man nicht aus liberalen, sondern aus den rechten und extrem linken Parteien Preußens. Die vielen liberalen Denkschriften und Broschüren³ lassen fast ausnahmslos jeglichen politischen Blick vermissen und gefallen sich meist in Ausdrücken des Abscheus gegen Napoleon und in lächerlichen Hoffnungen auf Oesterreich. Nur Constantin Rößler⁴ erkannte von Anfang an, was das liberale Preußen aus diesem Kriege an Gewinnen erzielen könnte, wenn es sofort tatkräftig einzugreifen den Mut habe. Wie wenig im liberalen Lager seine Worte Anklang fanden, bezeugt die Verdächtigung der Preußischen Jahrbücher,⁵ daß man es beim Verfasser wohl mit einem „warmen Freund des französischen Imperators“, also einem Feind der deutschen Entwicklung, zu tun haben müsse.⁶

Sybels Haltung unterschied sich nicht unwesentlich von der seiner Gesinnungsgenossen in Preußen. Sein Aufenthalt in Bayern,

2. Vgl. H. Oncken: Lassalle. Stuttgart 1904, S. 133 und Erinnerungen aus dem Leben Hans Viktor v. Unruh. Herausgegeben von H. v. Poschinger. Stuttgart 1895, S. 200.

3. Oncken sagt mit Recht, daß in der damaligen Publizistik viel „Doktrinarismus und Kannegießerei“ zu Worte kam. a. a. O. S. 139.

4. C. Rößler: Preußen und die italienische Frage. (Flugschrift, anonym erschienen). Berlin 1859.

5. Vgl. Pr. Jahrb. 1859, Bd. III, 3. Heft, S. 365 ff.

6. Die Strömungen im preußischen und deutschen Liberalismus hier näher zu untersuchen und auf die Äußerungen weiter einzugehen, würde im Rahmen dieser Arbeit zu weit führen; es sind in einigen Abhandlungen darüber schon Betrachtungen angestellt worden. Vgl. Theodor Schäffer: Die preußische Publizistik im Jahre 1859. Leipzig 1902. — Anni Mittelstädt: Der Krieg von 1859, Bismarck und die öffentliche Meinung in Deutschland. Stuttgart und Berlin 1904.

der Druck, der auf ihn durch die süddeutsche Atmosphäre ausgeübt wurde, der Gedanke an seine Mission, zu der er durch seine Tätigkeit in München sich berufen fühlte: den Süden Deutschlands dem Norden näher zu bringen, gaben seinem Denken und Wollen eine besondere Richtung. In seinem politischen Blickfeld weiter als die meisten der preußischen Liberalen, durch die Entfernung von Berlin und unter dem Einfluß der von Oesterreich genährten Stimmung in Bayern in seiner Betrachtung der europäischen Verwicklung und der Stellung der preußischen Großmacht etwas beengt und unsicher, zeugt doch sein Urteil oft von politischem Format und — an einigen Stellen — von diplomatischer Klugheit.⁷

In den Jahren des reaktionären Ministeriums Manteuffel in Preußen und der ganz im österreichischen Kielwasser segelnden bayerischen Politik unter v. d. Pfordten, hatte sich Sybel in politischen Fragen strengste Zurückhaltung auferlegt. In seinen historischen Arbeiten, besonders in der Geschichte der französischen Revolution, hatte er wohl seinen Hoffnungen und Wünschen Ausdruck gegeben, aber weder in seinen Briefen noch in kleinen Abhandlungen sprach mehr als tiefe Resignation. Die innere Umwandlung Ende 1858 in Preußen, die gleichzeitigen außenpolitischen Bewegungen, die durch den Freiheitsruf der Italiener entfacht wurden, veranlaßten ihn, aus der bisher rein wissenschaftlichen Arbeiten gewidmeten Gelehrtenstube herauszutreten und lebhaften Anteil an dem politischen Geschehen zu nehmen.

Der Freiheitsruf der italienischen Stämme fand ganz sein Ohr. Die reaktionäre ultramontane Politik Oesterreichs war ihm in München noch verhaßter geworden als vorher. Hier hatte er die der nationalen Sache schädlichen Einwirkungen Wiens deutlicher erfahren, die dadurch immer breiter werdende Kluft zwischen Süd- und Norddeutschland immer schmerzlicher empfunden. Die natürlichen Sympathien der deutschen Liberalen mit dem ihnen so schicksalhaft verbundenen italienischen Volke in seinem Kampfe um

7. Sybel selbst war in den ersten Monaten des Jahres 1859 sehr mit der Gründung und Herausgabe der Historischen Zeitschrift beschäftigt, in seinen Briefen berief er sich zuweilen auf die Aeußerungen Baumgartens. — Vgl. Max Duncker: Politischer Briefwechsel aus seinem Nachlaß. Herausgegeben von J. Schultze, S. 96 und C. Varrentrapp: Einleitung zu den „Vorträgen und Abhandlungen von Heinrich v. Sybel“. München und Leipzig 1897, S. 93.

nationale Befreiung und Einigung waren allgemein; der Haß und Groll beider nationaler Kräfte traf doch denselben Gegner. Mit Schmerz sah Sybel die Mehrzahl der bayerischen maßgebenden Kreise von Anfang an auf der Seite Oesterreichs, das durch geschickte Beeinflussung der Presse das edle Streben Italiens als ehrgeiziges, illegales Machtinteresse Piemonts darzustellen wußte. Mit einigen Freunden: Baumgarten, Bluntschli, Brater und anderen⁸ hielt er das Streben Cavour's für durchaus berechtigt.

Der Schatten Napoleons III. aber, der sich im Hintergrunde erhob, verdunkelte auch dem sonsti so scharf sehenden Sybel den Blick. Bismarcks⁹ staatsmännisches Auge und C. Röblers¹⁰ politischer Instinkt hatten schon in den Februartagen des Jahres 1859 die französische Gefahr richtig eingeschätzt; und Lassalle wußte einige Monate später in seiner leidenschaftlichen Schrift: „Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens“¹¹ mit klarer Logik darzustellen, wie wenig Deutschland von dem ihm nicht weniger verhaßten Despoten in Paris zu fürchten habe. Jene beurteilten die Lage ganz vom Standpunkt der Großmachtstellung Preußens, dieser erkannte durch seine rein demokratisch gerichtete Ideenwelt die innerpolitische Gebundenheit des französischen Machthabers. Sybel aber und mit ihm die meisten in Süddeutschland und viele im Norden wohnende Liberale sahen in den imperialistischen Tendenzen Napoleons die große Gefahr, die die deutsche Nation vor einem halben Jahrhundert nicht rechtzeitig erkannt hatte, wodurch es dem großen Oheim ermöglicht war, so schnell das uneinige Deutschland zu zerschlagen.¹² Der rein preußischen Interessenwelt war Sybel durch den fünfzehnjährigen Aufenthalt in mittel- und süddeutschen Staaten doch etwas entwachsen. Alle außenpolitischen Strömungen hatte er gelernt, von rein nationalem Standpunkte aus anzu-

8. I. C. Bluntschli: a. a. O. Bd. II, S. 256 ff.

9. Vgl. Bismarck, Otto Fürst v.: Die gesammelten Werke, 2. Auflage, Bd. III, Berlin 1925.

10. C. Röbler: a. a. O.

11. Ferdinand Lassalle: Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens. (Flugschrift, anonym erschienen.) Berlin 1859.

12. Vgl. H. v. Sybel: Die Fälschung der guten Sache durch die Augsburger Allgemeine Zeitung. (Flugschrift, anonym erschienen.) Frankfurt a. M. 1859, S. 3 ff.

sehen. Freilich hätte er auch von dieser Warte aus erkennen müssen, daß die Situation des Großneffen eine ganz andere war als die des ersten Napoleon. Es waren aber weniger ruhige, sachliche Erwägungen, die feindlich nach Westen zeigten; der alte nationale Haß übertönte den denkenden Verstand. Die Worte Baumgartens in den Preußischen Jahrbüchern:¹³ „Die Gefahr, mit welcher Louis Napoleon Deutschland bedroht, wird für so furchtbar gehalten, die Erinnerung an den Gang der Kriege von 1793—1815 ist so lebendig, der Haß gegen den Despoten und Usurpator an der Seine ist so heiß, der nationale Aufschwung durch ganz Deutschland so mächtig und tatenlustig, daß die bewaffnete Neutralität vom Bunde kaum behauptet werden wird“, waren nicht ohne inneres Einverständnis Sybels geschrieben.

Drängten einerseits die Sympathie für Italien, andererseits der Haß gegen den französischen Helfer die deutschen Liberalen in ein gefährliches Dilemma hinein, so wurde diesen die Situation noch dadurch verwickelter, daß der Kampf beider gegen das der nationalen Einigung durchaus feindliche Oesterreich geführt werden sollte.

Die von den Traditionen Metternichs, wie es schien, beherrschte österreichische Politik war allen deutschen Liberalen gleich zuwider. Das brutale Vorgehen in Italien, die systematische, freilich aus österreichischem Staatsinteresse begreifliche Unterdrückung aller freiheitlichen Regungen des italienischen Volkes erhöhte den Abscheu gegen das verhaßte Regime. Bei den Preußen steigerte die Erinnerung an die Begegnungen in Bregenz und Olmütz, die doch erst wenige Jahre zurücklagen, den Groll zur Feindschaft. Am stärksten aber mußte die Abneigung bei jenen Männern in Süddeutschland sein, die ihren Herzenswunsch: München und Berlin einander näher zu führen, Tag für Tag von dem österreichischen Einfluß, dem mit aller Kraft geführten Kampf Wiens, Bayern und ganz Süddeutschland dem Norden zu entfremden, gefährdet sahen. Stündlich hatte sich der liberale, protestantische, preußische Gelehrte gegen die von österreichischem Geld unterstützte ultramontane, reaktionäre Presse und die österreichisch gesinnten feudalen Schichten Münchens seine Stellung

13. s. Pr. Jahrb. Bd. XVIII, 5. Heft 1866, S. 487.

und seinen Einfluß beim König neu zu erobern. In jenen Kreisen, deren Einfluß in ganz Bayern überaus stark war, war Sybel der bestgehaßte Mann.¹⁴

Die Vorgänge in den ersten Monaten des Jahres 1859 steigerten Haß und Feindschaft bis zur Siedehitze. Oesterreich verstand es meisterhaft, in Bayern die Stimmung für sich zu gewinnen,¹⁵ in einer rücksichtslosen Pressekampagne erhöhte es seine Sympathien und nährte den Haß gegen den „deutschen Erbfeind“ zum „tollen Fanatismus“.¹⁶ Voll Schmerz sahen schon Sybel und seine wenigen Freunde ganz Deutschland in einem blinden Kampf für Oesterreichs Interessen sich verbluten. Eine klare Entscheidung mußte ihnen schwer fallen. Sie sahen Feind gegen Feind, fürchteten um die Interessen der Gesamtnation und um den Geist ihres Staatsbildes; sahen Deutschlands äußeren Feind die Grenzen bedrohen und den inneren sich der nationalen Einigung entgegenstellen. Der Blick aller richtete sich selbstverständlich auf Preußen. Wo stand Preußen in diesem Konflikt und was sollte es tun?¹⁷ Tatsächlich hing von der Haltung dieses Staates das Ergebnis des italienischen Krieges ab. Stellte er sich auf die Seite Oesterreichs, so mußte der Krieg vom Po an den Rhein verlegt werden; kämpfte er mit Italien — Frankreich, so hatte diese Haltung einen innerdeutschen Bruch zur Folge. Im ersteren Falle mußte er für Oesterreich die Kastanien aus dem Feuer holen, ohne für seine eigenen Interessen und für eine nationale Einigung viel zu erreichen.¹⁸ An der Seite Frankreichs konnte er vielleicht in Norddeutschland territoriale Vorteile erringen, hätte aber dem Streben zu einem einigen deutschen Reich wahrscheinlich die unüberbrückbarsten Hindernisse geschaffen. Von

14. In dem im Oktober 1859 erschienenen „Katholischen Volkskalender für 1860“ standen die Worte: „Führe uns nicht in Versuchung, sondern erlöse uns von dem Sybel, Amen.“ s. Brief Sybels an Droysen vom 23. Oktober 1859. Johann Gustav Droysen Briefwechsel. Herausgegeben v. Rudolf Hübner. Berlin u. Leipzig 1929, Bd. 2, S. 627.

15. Vgl. Pr. Jahrb. a. a. O. S. 488.

16. s. Pr. Jahrb. a. a. O. S. 489.

17. Ueber die preußische Politik im italienischen Kriege ist eingehend geschrieben worden. Sybel, Brandenburg und Ziekursch haben sich in ihrer Geschichte der Reichsgründung darüber ausgesprochen, so daß an dieser Stelle nur ganz summarisch die Situation angedeutet zu werden braucht.

18. Bismarck: Die gesammelten Werke, a. a. O. Bd. III, S. 34 ff.

beiden Seiten war man gleich bemüht, Preußens Hilfe zu erreichen. Die Bemühungen des Erzherzogs Albrecht in Berlin konnten Preußen ebensowenig zur Entscheidung führen wie die Mission des italienischen Staatsmannes, des Marquis Gioachino Napoleone Pepoli.¹⁹

Die Berliner Regierung konnte gar nicht anders, als zunächst die Neutralität wahren. Eine andere Frage ist es, wie sie die politische Situation im preußischen und deutschen Sinne hätte ausnützen können. Man kann ruhig behaupten, daß hierin Preußen vollkommen versagte. Neutralität braucht noch keine Passivität zu sein. Ein geschicktes Handhaben der äußeren Situation, der vollständigen Inanspruchnahme Oesterreichs in Norditalien, der französischen Sorgen auf gleichem Boden, der nicht ungünstigen Haltung Rußlands²⁰ und Englands, das in Indien und durch den französisch-österreichischen Konflikt stark beschäftigt war, insbesondere aber des in einem nationalen, wenn auch nicht überall preußenfreundlich gesinnten Taumel lebenden deutschen Volkes hätte die nationale Lösung im liberalen und preußischen Sinne sehr nahe führen können. Ueber den Versuch einer friedlichen Vermittlung zwischen den Gegnern ist das Ministerium Schleinitz nicht hinausgekommen. Sybel erkannte von Anfang an die günstige Stellung Preußens. War sein Blick auch getrübt durch die falsche Furcht vor Frankreich, so sah er doch sofort, daß die Stunde zur nationalen Tat für Preußen und Deutschland gekommen sei. Aus der oben angeführten Haltung zu den Hauptmächten des Krieges ergeben sich leicht die Gedanken und Forderungen, mit denen er den einzelnen Phasen des Kampfes folgte.

Die ersten patriotischen Aufwallungen, mit denen besonders Süd- und Südwestdeutschland die Neujahrsworte Napoleons an den österreichischen Gesandten in Paris²¹ beantwortete, begrüßte Sybel von ganzem Herzen. War doch lange Jahre hindurch sein Ohr den

19. Staatssekretär v. Gruner hat die Mission Pepoli in einer „Aufzeichnung“ behandelt. (Nachl. Gruner.)

20. Bismarck: Die gesammelten Werke, a. a. O. Bd. III, S. 34 ff.

21. Die Worte Napoleons an den Gesandten v. Hübner lauten: „Ich bedauere, daß unsere Beziehungen zu Ihrer Regierung nicht so gut sind wie früher; doch ich bitte Sie, dem Kaiser zu sagen, daß meine persönlichen Gefühle für ihn sich nicht geändert haben.“

nationalen Klängen entwöhnt worden. Aber schon im Februar, als die Kriegsgefahr sich näherte und bei vielen Kreisen sich eine anti-preußische Stimmung hineinmischte, stellte er sich kritischer der Begeisterung gegenüber. Er erkannte bald, wie sehr Oesterreich den Enthusiasmus ganz für seine Interessen auszunützen sich bestrebte, wie ihn die Presse, besonders die Augsburger Allgemeine Zeitung, für dessen Zwecke nutzbar machte. Mit Schmerz verfolgte er den steigenden Einfluß Wiens nicht nur auf die Stimmung des Volkes, sondern auch auf die Haltung der Regierung. Bereits im März sah er ganz Bayern in wirrer Aufregung. „Von den hiesigen Ministern“, so schrieb er am 15. März an Droysen, „ist es sicher, daß sie keinen Gedanken haben, als sich so fest wie möglich mit Oesterreich zu engagieren und dies Verhältnis teils gegen die eigenen Liberalen teils gegen Preußen zu exploitiern. In den Ergüssen gegen Preußen, und einzig und allein darin, stimmen plötzlich hier alle Parteien zusammen.“²² Er begnügte sich nicht mit dieser resignierten Feststellung. Mit den schärfsten Worten warf er der preußischen Regierung vor, daß sie durch ihre Passivität die süddeutschen Staaten in die Arme Oesterreichs dränge. Weder die Regierung selbst noch die preußische Presse habe versucht, die günstige Gelegenheit auszunützen, „die österreichische Majorität völlig zu sprengen“ und den süddeutschen Blättern „Impuls“ und „Nahrung“ zu geben.²³ Am meisten jedoch fürchtete er, daß Oesterreich beim Bunde den Antrag auf Kriegsbereitschaft einbringen würde, und dann Preußen schließlich „auf Wiener Ordre“ rüsten müsse. „Und wie elend schon die bloße Möglichkeit“, schrieb er am Schlusse jenes Briefes, „dies Ueberwiegen einer Macht in Deutschland, die uns damit in einen verhängnisvollen Krieg zu Gunsten des mittelitalienischen Jesuitenregiments verwickeln kann!“

22. s. Julius Heyderhoff: Die Sturmjahre der preußisch-deutschen Einigung 1859—1870. Politische Briefe aus dem Nachlaß liberaler Parteiführer. Bonn u. Leipzig 1925, S. 26.

23. Dieselbe Klage klingt durch Baumgartens Bericht für die Preußischen Jahrbücher. Vgl. Pr. Jahrb. Bd. III, 4. Heft, S. 484 ff.

Deutlicher als mit diesen eigenen Worten lassen sich die Gefühle Sybels in der schwülen Kriegsstimmung Münchens nicht wiedergeben.

Die Unruhe und Begeisterung steigerte sich von Tag zu Tag, bis in der zweiten Aprilwoche der Krieg unvermeidlich schien. Man mußte sich bestimmt erklären, wie sich Deutschland bzw. Preußen zum Kriege stellen werde.

Auf der Seite Frankreichs gegen Oesterreich zu kämpfen, lag jetzt dem Empfinden aller Deutschen fern. Mit Napoleons Hilfe wollte man die deutsche Einigung nicht erwirken.

Der Gedanke, dem Usurpator im nationalen Kampfe sich zum Danke zu verpflichten, trieb auch den größten Oesterreichshassern die Schamröte ins Gesicht. Die Entscheidung konnte nur noch fallen zwischen den Parolen: Krieg mit Oesterreich gegen Frankreich oder Neutralität. Unter denen, die diese forderten, muß man unterscheiden zwischen solchen, die den Zustand der Schwäche Oesterreichs benützen wollten, für deutsche Belange aktiv zu sein,²⁴ und solchen, die in Ruhe Oesterreich sich verbluten sehen wollten.²⁵

Die Mehrzahl aber rief zum Kriege. Die ultramontan gesinnten Kreise in Süddeutschland und in Preußen bekannten sich selbstverständlich zur bedingungslosen Unterstützung Oesterreichs und dessen bedrohten Interessen. Die meisten Liberalen forderten die Beteiligung im Interesse der Gesamtnation. Auch hier lassen sich Abstufungen machen. Die Bedingungen, unter denen man die preußisch-deutsche Hilfe Oesterreich anbot, waren verschieden.²⁶ Sybel gehörte zu denen, die sich am schwersten zu einem bewaffneten Beistand entschließen konnten. Die Situation, in die er sich beim Kriegausbruch gestellt sah, war sehr schwierig; eine klare Entscheidung mußte ihm schwer fallen. In einem Brief an Duncker vom 12. April²⁷ berief er sich auf die in diesen Tagen geschriebene

24. Bismarck, C. Rößler und F. Lassalle.

25. Vgl. Brief G. G. Gervinus an H. Baumgarten v. 29. 4. 59. J. Heyderhoff, a. a. O. S. 29/31.

26. Vgl. Otto Westphal: Welt- und Staatsauffassung des deutschen Liberalismus. München und Berlin 1919, S. 117/18. Ferner: Max Duncker, a. a. O. S. 92 ff. und Preußische Jahrbücher 1859, S. 300 ff.

27. Max Duncker, a. a. O. S. 96/97.

Flugschrift Baumgartens: „Was will Deutschland im Kriege?“²⁸ in der sein Freund einen „Nationalkrieg“ forderte, einen Krieg, der „deutsche Interessen verfechte, nicht römische“.²⁹ Baumgarten glaubte, daß selbst eine „bewaffnete Neutralität“ des deutschen Bundes, „selbst, wenn er es wolle“, nicht behauptet werden könne,³⁰ daß durch den unruhigen französischen Machthaber die „solide, gesunde Ordnung“²⁹ gefährdet sei, und daß es für Deutschland beschämend sei, von „der Laune der Herren vom Moniteur“ abzuhängen.²⁹ Darf man aus Sybels Aeußerung, daß er „die Richtigkeit von Baumgartens Behauptungen unter allen Umständen bekräftige“,³¹ nicht annehmen, daß er im Augenblick auch aus Angst vor Napoleon wünschte, Preußen—Deutschland möge sofort und energisch mit den Waffen den Franzosen entgegentreten? Baumgartens Hoffnungen aber, daß Oesterreich als Dank für einen bewaffneten Beistand nach Beendigung des Krieges die „deutschen Anliegen, welchen es bisher ferne oder gar feindlich gegenüber gestanden hat, unumwunden und nachdrücklich anerkenne und verrete“, daß es das „Prinzip der konstitutionellen Monarchie“³² akzeptiere, stand er doch skeptisch gegenüber. So sehr er die Konzessionen Oesterreichs gewünscht hätte, so glaubte er nicht so recht daran, daß Wien sich dazu entschließen werde.³³ Sein klarer, viel mehr auf das Reale gerichteter Sinn erwartete von einem bewaffneten Auftreten Preußens vor allem, daß sich die süddeutschen Sympathien von Oesterreich abwenden und nach Norden kehren würden. Wenn er schon am folgenden Tage an Duncker schrieb: „Ich ersehne vor allem — weder die eine noch die andere Alliance, weder Krieg noch Neutralität, ich bescheide mich darüber völlig in meinem Urteil — aber ich ersehne eine solche Haltung Preußens, daß seine Widersacher Furcht bekommen“,³⁴ so ist das schon ein leises Abrücken von Baum-

28. H. Baumgarten: Was will Deutschland im Krieg? (Flugschrift, anonym erschienen.) München 1859.

29. Ebenda S. 8/9.

30. Ebenda S. 6/7.

31. Max Duncker, a. a. O. S. 96.

32. H. Baumgarten, a. a. O. S. 11.

33. s. Brief Sybels an Gruner vom 12. Mai 1859. Nachl. Gruner. (Anhang Nr. 2).

34. Max Duncker, a. a. O. S. 97.

gartens heller Kriegsforderung. Sybel wollte, daß dann, wenn Deutschland durch Napoleons Haltung gezwungen werde, am Kriege teilzunehmen — der Zeitpunkt, in dem dieser Fall eintrete, schien ihm nicht in weiter Ferne zu liegen —, es geeint und selbstständig, nicht als Vasall Oesterreichs, seine Waffen nach Westen kehre. Ein schneidiges, Furcht erregendes Auftreten Preußens solle die ängstlichen Gemüter im Süden beruhigen und die dortigen Gegner im Banne halten; es solle aber auch den Oesterreichern zeigen, daß es sich von niemand zum Kriege drängen lasse, den Franzosen, daß Deutschland seine Grenzen zu schützen bereit sei.³⁵ Vor allem aber könne die preußische Regierung sich so ihre Handlungsfreiheit voll und ganz wahren und trotz ihrer an den Tag gelegten „Angriffslust“ nachher „erwägen und tun, was sie wolle“.³⁶

Sybels Neutralität, der er selbst den Namen „bewaffnete Neutralität“ gab,³⁷ erwartete ein preußisches Observationskorps im Südwesten Deutschlands. Dem Vermittlungsversuch des Generals v. Willisen³⁸ sah er mit einer gewissen Unruhe zu. Er fürchtete, daß der General nicht frei und offen die notwendigen Forderungen Preußens dem Kaiser vortragen werde, dieser aber dadurch Zeit gewinne, die Verhandlungen zu verschleppen und Preußen in eine ungünstige Lage hineinmanöviere.³⁹ Fast täglich beschwor Sybel Duncker, dessen Einfluß an den Regierungsgeschäften auch er überschätzte, daß Preußen ein offizielles Programm veröffentliche, in

35. Max Duncker, a. a. O. S. 99.

36. Brief Sybels an Gruner, a. a. O. — Wilhelm Mommsens Behauptung, daß Sybel in dieser Zeit für ein Prinzipat Preußens bis zum Main eingetreten sei, kann nur aus einer Äußerung Sybels im Mai 1860 (Max Duncker, a. a. O. S. 192) abgeleitet werden. Damals war aber die Situation eine ganz andere, und es läßt sich aus der eingeschränkten Zustimmung Sybels zu der Flugschrift Ferdinand Fischers (Preußens und Bayerns Union, Breslau 1860) nicht ohne weiteres diese Ansicht interpretieren. Vgl. W. Mommsen: Johannes Miquel. Leipzig und Berlin 1928, S. 174/175.

37. Max Duncker, a. a. O. S. 101.

38. General v. Willisen wurde Anfang Mai 1859 vom Prinz-Regenten nach Wien geschickt, um der österreichischen Regierung zu erklären, daß Preußen für die Erhaltung des österreichischen Besitzes in Italien eintrete, wenn ihm die volle Verfügung über die Streitkräfte des deutschen Bundes zugestanden würde. Vgl. H. v. Sybel: Begründung des deutschen Reiches durch Wilhelm I., Bd. II, München und Leipzig 1890, S. 321.

39. s. Max Duncker, a. a. O. S. 130.

dem es den Grund seiner Handlungsweise darlege. Natürlich suchte er den Freund in seinem Sinne zu beeinflussen und von seiner Ansicht zu überzeugen. Waren doch Duncickers Intentionen Oesterreich gegenüber viel nachgiebiger als die Sybels. Jener wollte den Besitzstand Oesterreichs in Italien voll und ganz gewahrt wissen, während dieser es für angebracht hielt, die Lombardei an Piemont abzutreten und die Grenze an die Minciolinie zurückzuverlegen. In diesem Sinne hatte er auch dem König von Bayern seine Ansichten ausgesprochen.⁴⁰ Auf dieser Basis wollte er Verhandlungen mit Oesterreich, die Bedingungen mit bewaffneter Macht unterstützt sehen. Der Krieg gegen Frankreich aber solle, so es eben möglich sei, verhindert werden. Nur dann, wenn Oesterreichs Haltung die Garantien böte, daß der Krieg ein nationaler Krieg, der Erfolg der deutschen Nation und ihrem Einheitsstreben zugute komme, Krieg gegen Napoleon und sobald wie möglich.⁴¹

Die erste Niederlage der Oesterreicher bei Magenta bedauerte Sybel keineswegs. Im Gegenteil. Er glaubte, daß Oesterreich nun geneigter sei, auf die preußischen Forderungen einzugehen,⁴² und bangte nur um ein vorzeitiges Nachgeben des Prinz-Regenten. Es schien ihm allerhöchste Zeit, daß Preußen nun sein Programm veröffentlichte, um die Stimmung in Süddeutschland aufzufangen; daß es in aller Offenheit den Zweck eines deutschen Krieges verkünde. Die Niederlage der Oesterreicher habe die dortige Bevölkerung nicht für Preußen gewinnen können, weil Preußen seine Politik mit einem „dauernden Geheimnis“ umhülle und so nur Mißtrauen ausstreue.⁴³ „Ich sehe“, so klagte Sybel, „daß die öffentliche Meinung in Deutschland täglich tiefer verwildert und verwildern muß; denn es ist einmal so, daß Preußen der einzige Polarstern für diese Meinung ist, und alles drunter und drüber geht, so-

40. s. Max Duncker, a. a. O. S. 120 ff.

41. s. ebenda und S. 130 ff. und S. 136 ff.

42. Brief Sybels an Droysen vom 8. Juni 1859: „In der Politik, meine ich, steht es im Augenblick nicht schlecht. Dies gelinde Zurückdrücken der Oesterreicher ist gerade, was nottat, um ihre Regierung zu einigem Verstande, einiger Mäßigung Preußen gegenüber zu bringen Meine einzige Sorge ist die, daß der Prinz-Regent in seiner patriotischen Loyalität zu früh losschlägt.“ (Nachl. Sybel.)

43. s. Max Duncker, a. a. O. S. 135.

bald dieser Stern sich verschleiert“.⁴⁴ Die Mobilmachung Preußens am 14. Juni und das Programm seiner Regierung: „Opposition gegen Napoleon, gute Konstituierung Italiens, Hilfe für Oesterreichs Machtstellung, Beseitigung des reaktionären Systems in Oesterreich“⁴⁵ fanden Sybels Beifall.

Als dann nach der Schlacht bei Solferino die Stimmung in Süddeutschland zu Gunsten Preußens umschlug, konnte er nichts mehr wünschen, als ein entschlossenes, rücksichtsloses Durchgreifen Berlins. Nur mit energischen Maßnahmen könne Preußen die noch widerstrebenden süddeutschen Regierungen gefügig machen und unter preußischer Leitung ein Heer an den Main führen.⁴⁶ Verhandlungen mit Oesterreich und Napoleon auf solcher Basis müßten eine gewaltige Wirkung haben. Sybel hatte mit Recht erkannt, daß es der letzte und günstigste Augenblick war, den italienischen Krieg im deutschen Sinne auszubeuten. Aber etwas hatte er nicht gesehen: Daß die preußische Diplomatie der gerissenen Staatskunst des Wiener Hofes und der politischen Klugheit eines Napoleon nicht gewachsen war. Selbst „b e w a f f n e t e“ Verhandlungen mußten eine bestimmte Zeit in Anspruch nehmen. Der Augenblick war aber gekommen, sofort zu handeln. Wollte Oesterreich auf ultimativ gestellte Forderungen nicht eingehen, so war der Zeitpunkt da, eine mobilisierte Macht für innerdeutsche Belange sofort einzusetzen. Lassalle hatte schon einen Monat vorher ausgerufen: „Ja, noch einmal liegt die deutsche Kaiserkrone auf der Straße!“ Er hatte den Geist Friedrichs des Großen herabbeschworen, tatkräftig die Zügel zu ergreifen, „den deutschen Einheitsbestrebungen endlich einen Ausdruck zu geben“.⁴⁷

Nun war die letzte Stunde für ein realpolitisches Vorgehen da, und man versagte. Der Friede von Villafranca machte alle Träume zunichte.

Die Enttäuschung, die das „beispiellos rasche“⁴⁸ Ende des italienischen Krieges in ganz Preußen hervorrief, war besonders

44. s. Max Duncker, a. a. O. S. 137.

45. s. Max Duncker, a. a. O. S. 146.

46. s. Max Duncker, a. a. O. S. 147.

47. Ferdinand Lassalle, a. a. O. S. 66.

48. s. Denkschrift Gruners vom 19. März 1860, Anhang Nr. 3.

groß bei den Liberalen und steigerte sich noch, als Kaiser Franz Josef in seinem Armee-Erlaß bald nach Villafranca die Schuld dem „ältesten und natürlichsten Bundesgenossen“ zuschrieb. In den Regierungsstellen sah man sich plötzlich vollkommen isoliert,⁴⁸ und in den deutschnationalen Kreisen einer Situation gegenüber, die zunächst für ihre Wünsche keinen Platz mehr hatte. Die Stimmung der süd- und südwestdeutschen Bevölkerung, die man in ihrer nationalen Bewegung während des Krieges nicht hatte auffangen können, wandte sich nun vollkommen gegen Preußen. Dessen Heer, daß jetzt schlagbereit an Frankreichs Grenze stand, hatte keine andere Aufgabe mehr, als einen gewissen Druck auf die Friedensverhandlungen auszuüben. Ein nationaler Krieg gegen Frankreich hatte seinen Sinn verloren; das Heer für andere rein deutsche Interessen einzusetzen, lag kein Anlaß vor. Die Stunden energischen Handelns hatte man verpaßt, die finanziellen Opfer der preußischen Mobilmachung waren vergebens gebracht. In allen Briefen, Reden und Aufsätzen preußischer Liberaler machte sich ein ungestümer Widerwillen gegen Oesterreich offenbar. Oesterreich, nicht Preußen, hatte Deutschland verraten. In dieser niedergeschlagenen und zugleich verbitterten Stimmung veröffentlichte Sybel seine Flugschrift: Die Fälschung der guten Sache durch die Augsburger Allgemeine Zeitung.⁴⁹ Er begnügte sich nicht damit, in harten Worten seinem Haß gegen Oesterreich Ausdruck zu geben. In ihm stand gleich die Sorge um die Zukunft. Der „fatale Friede“ erschien ihm nur als ein „augenblicklicher Ruhepunkt“.⁵⁰ Die Gefahr der „kolossal herangewachsenen Militärmacht des Napoleoniden“ sah er immer drohender den europäischen Horizont bedecken, Preußen und Deutschland den Machtgelüsten Frankreichs mehr denn je preisgegeben. „Die Zeiten“, fürchtete Sybel, „wenn nicht Napoleons I. so doch Ludwigs XIV. drohen sich zu erneuern“.

Diese Schreckensrufe kamen zu spät. Sie fanden nicht mehr die Herzen des deutschen Volkes; und seine flammenden Worte, die die entschlossene, selbstlose Einigkeit aller deutschen Stämme

49. H. v. Sybel: Die Fälschung der guten Sache durch die Augsburger Allgemeine Zeitung, a. a. O. signiert: 17. Juli (nicht wie bei Heyderhoff, S. 47 14. Juli).

50. Ebenda S. 3.

forderte, mußten klanglos verhallen. Es ist schwer zu sagen, ob es bloße Furcht vor Napoleon war, die seinen Aufruf in die Feder diktierte, oder ob in ihm nicht der Wunsch lebte, daß doch der Krieg sich von neuem entzünden möge, damit ganz Deutschland wieder von einer nationalen Begeisterung ergriffen und Preußen die versäumte Gelegenheit wiedergegeben werde, die Zügel fester zu ergreifen und den Krieg in preußisch-deutschem Sinne auszunützen: „Es wäre alles hoffnungslos, wenn nicht von dem ersten Augenblick des Krieges an die Ungeübtheit der Truppen durch ihre Massen, die politische Zersplitterung durch eine zeitweilige Diktatur, die nationale Bedächtigkeit durch einen mächtigen Impuls von oben ersetzt würde. Für die Zeit des Krieges dürfte keine andere Rücksicht gelten als der Krieg. Jedes Bedenken der inneren Politik müßte hier zurücktreten.“⁵¹ Diese Worte lassen zweifellos jenen Wunsch erkennen. Sie zeugen aber auch von dem staatsmännischen Empfinden Sybels, seinem bisher gehemmten Willen, für eine große Sache alle Bedenken und Rücksichten fallen zu lassen. Der Ruf nach diktatorischen Maßnahmen, der vielleicht vor wenigen Monaten zündend gewirkt hätte, klang in der zweiten Julihälfte doch etwas phrasenhaft. Preußen-Deutschland hatte den italienischen Krieg verloren. Es hatte gegen eine nicht so greifbare Gefahr von Westen her mobilisiert, aus Furcht vor Napoleonischen Armeen marschieren lassen, anstatt den wirklichen Gegner im Südosten zu erkennen und dessen Schwäche im nationalen Sinne auszunützen. Der König und die Regierung hätten die Situation erkennen müssen; ihnen hatten langjährige Beobachter⁵² unermüdlich den Weg gezeigt. Sybels und der meisten preußischen Liberalen gutmeinendes Wollen jedoch stand vor einem verschleierten Bilde, dessen wahre Konturen zu erkennen, ihnen versagt geblieben war.

Die hochgehende politische Stimmung in Deutschland ebhte naturgemäß nach Villafranca ab. In Süddeutschland war man preußenfeindlicher als bisher, und in Preußen dauerte die Mißstimmung gegen Oesterreich an. Die Kluft zwischen Süd und Nord war fühlbar geworden, den Trägern der nationalen Idee um so

51. Ebenda S. 5.

52. Besonders Bismarck. s. Hans Viktor v. Unruh, a. a. O. S. 209.

schmerzlicher. Der Kriegszustand der vorausgegangenen Monate hatte drei Momente schlaglichtartig beleuchtet: Erstens die für Preußen unhaltbare Bundesverfassung, zweitens die starke Abhängigkeit der süddeutschen Regierungen von Wien und drittens den großen Einfluß der von Oesterreich inspirierten Presse auf die süddeutsche Volksmeinung. Von drei Seiten versuchte man, diesen Mißständen zu Leibe zu rücken. Von der Berliner Regierung aus wollte man vor allem eine Aenderung der Bundesverfassung erwirken. Der neugegründete Nationalverein, dessen Urheber und Führer Männer des praktischen Lebens und zum Teil Exponenten deutscher Wirtschaftskreise waren, suchte dem nationalen Gedanken, der bisher allzu ideenhaft, ungreifbar über dem Volke schwebte, erdhafere Prägung zu geben.⁵³ Er verband wirtschaftliche Forderungen mit den nationalen, praktische Ziele mit den ideologischen, die Interessen des Einzelnen mit dem nationalen Streben des Staates. Von unter her, und zwar geschlossen, sollten die widerstrebenden Regierungen gezwungen werden, den realen Interessen der Einzelnen, die sich mit den nationalen deckten, Rechnung zu tragen. Das dritte Moment, die Macht der österreichisch gesinnten Presse, hatte man besonders in dem liberalen Lager Bayerns und anderer süddeutscher Staaten schmerzlich empfunden. Ihm suchten vor allem die intellektuellen Kräfte⁵⁴ sich entgegenzustellen und den Kampf mit ihm aufzunehmen.

Man müßte fast glauben, daß die Bestrebungen, die so von drei Seiten dem gleichen Ziele zuführen sollten: Der Einigung Deutschlands unter der diplomatischen und militärischen Führung Preußens, sich gegenseitig anerkannt und gefördert hätten. Der Ruf nach Bundesreform ging von allen gleich aus und fand den ungeteilten Beifall und die Unterstützung aller liberal-national Denkende Deutschlands⁵⁵ bis in die konservativen Reihen. Nur über die Methode war man sich nicht einig. Im Norden⁵⁶ und im Süden⁵⁷ erwartete und forderte man die Initiative Preußens und

53. Vgl. Hermann Oncken: Rudolf v. Bennigsen. Stuttgart und Leipzig 1910, Bd. I, S. 316/17.

54. s. Max Duncker, a. a. O. S. 158.

55. Vgl. H. Oncken: Rudolf v. Bennigsen, a. a. O. S. 328/29.

56. Ebenda S. 229.

57. Sybels Brief an Droysen, a. a. O.

scharfe Zurückweisung der österreichischen Vorschläge. Die Regierung selbst wollte nur unter möglichster Schonung Oesterreichs vorgehen. Sie sah wohl die Gefahren, die im Dualismus Preußen—Oesterreich lagen, konnte sich aber nicht entschließen, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Daß eine Reform mit Oesterreich im Bunde unmöglich war, sahen nur wenige; an einen Ausschluß Oesterreichs aus dem Bunde zu denken, lehnte die Regierung schroff ab.⁵⁸ Damit war dieses Moment völlig ausgeschaltet. Sybel fand für die matte Haltung der preußischen Regierung nur Worte des Bedauerns.

Die Gründung des Nationalvereins verlor einmal an dem Gegensatz zwischen nord- und süddeutschen Anschauungen, mehr aber noch an der laxen Haltung Berlins viel von seiner Wirkung. Die Regierung stand ihm nur mißtrauisch gegenüber⁵⁹ und war nicht einmal bereit, ihm ihren Schutz zu gewähren. Sybel blieb der Bewegung vollkommen fern. Sichere Anhaltspunkte für diese Passivität haben sich nicht finden lassen. Vielleicht sah er in den Forderungen des Vereins ein zu schroffes, demokratisch gefärbtes Vorgehen, schreckte wie Duncker⁶⁰ vor dem Willen einer „Bundesreform auf gewaltsamem Wege“ zurück und fürchtete ein Entgegenkommen den „heißesten Wünschen des Kaisers Napoleon“ gegenüber. Andererseits mag auch die Rücksicht auf seine freundschaftlichen Beziehungen zu König Max, der unverhohlen den Verein bekämpfte,⁶¹ ihn zurückgehalten haben, in dieser Sache aktiv zu sein.

In dem Kampf um die süddeutsche Meinung, soweit er durch die Presse ausgefochten werden konnte, stand Sybel in den vordersten Reihen. Schon während des Krieges hatte er immer den großen Einfluß der Augsburger Allgemeinen Zeitung schmerzlich empfunden und die preußische Regierung um kräftige Gegenwehr zu veranlassen sich bestrebt. Seine oben erwähnte Flugschrift⁶²

58. Offizielle Denkschrift an den Nationalverein. (Hans Viktor v. Unruh, a. a. O. S. 205.)

59. Vgl. Rudolf Haym: Das Leben Max Dunckers. Berlin 1891, S. 222.

60. Ebenda S. 220.

61. s. Ernst II., Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha: Aus meinem Leben und aus meiner Zeit. Berlin 1892, Bd. III, S.

62. Sybel: Die Fälschung der guten Sache durch die Augsburger Allgemeine Zeitung, a. a. O.

war die erste große Aktion in diesem Streit. Sie sollte die Deutschland schädliche Wirkung des österreichischen Pressefeldzuges offenkundig machen und den Glauben an die Berichte und Forderungen dieses Blattes erschüttern. Unermüdlich arbeitete er daran, Berlin zur positiven Haltung in diesem Kampfe zu bewegen. Dem einflußreichen Augsburger Blatte wollte er eine in seinem Sinne geleitete Zeitung entgegenstellen und auf diese Weise die Volksmeinung beeinflussen. Seiner Initiative und seiner unermüdlichen Tätigkeit ist die Gründung der „Süddeutschen Zeitung“ zu verdanken.⁶³ Er verschaffte dem Blatte die notwendigen Subventionen der preußischen Regierung und gewann zur Leitung der Zeitung den geistvollen Karl Brater, der mehr als ein anderer geeignet war, die Haltung des Blattes im liberal-nationalen Sinne zu gestalten und doch den spezifisch süddeutschen Ton zu treffen. Es mag im ersten Augenblick merkwürdig erscheinen, daß der geistige Urheber des Unternehmens sich so ganz im Hintergrund hielt. Sybel lehnte es strikte ab, auch nur im „comité directeur“ eine aktive Rolle zu spielen. Es war nicht persönliche Feigheit, vielleicht hätte er sogar die Lockerung der königlichen Freundschaft in Kauf genommen, wenn er der deutschen Sache durch aktive Teilnahme mehr gedient hätte.⁶⁴ Die preußische Regierung hat zwar unter dem Drucke Dunckers, der unermüdlich von Sybel angefeuert und gedrängt wurde, die Mittel bewilligt, die zur Gründung der Zeitung notwendig waren; sie hat auch in der folgenden Zeit die Instandhaltung und ein erfolgreiches Arbeiten unterstützt. Aber wie überall zeigte sie auch hierin eine allzu laxe Tätigkeit. Das versprochene Geld kam nicht nur sehr unregelmäßig, wodurch die Geschäftsführung natürlich gehemmt wurde, es bedurfte immer wieder der mahnenden und antreibenden Worte Sybels. Zweifellos hätte in einer großzügigeren Pressekampagne der österreichische Einfluß in Süddeutschland noch mehr zurückgedrängt werden können. Wenn man auch annehmen kann, daß Sybel die Macht der öffentlichen Meinung überschätzte, so verdienen doch die Be-

63. s. Johannes Schultze: Eine preußische Zeitungsgründung in München 1859. Deutsche Rundschau, Bd. 192.

64. Im zweiten Kapitel dieser Arbeit wird bei der Begründung der Sybel'schen Gesamthaltung während seiner Lehrtätigkeit in München die passiv scheinende Haltung genauer motiviert.

mühungen des tapferen liberalen Vorkämpfers für Preußen und Deutschland im Süden ihre volle Würdigung. Mit Freuden konnte er am 1. Oktober 1859 das Erscheinen des Süddeutschen Zeitung begrüßen und auf den relativen Erfolg stolz sein.⁶⁵

In seiner politischen Tätigkeit hat sich Sybel im Jahre 1860 noch größere Zurückhaltung auferlegt. Weder durch Broschüren noch mit polemischen Zeitungsartikeln hat er nach außen hin den Gang des politischen Geschehens zu beeinflussen gesucht. Aber die Erfahrungen des vergangenen Jahres hatten seine Gedankenrichtung mehr zu den realen Fragen der Politik geleitet. In offenen Aussprachen mit König Max betonte er die Notwendigkeit des preußisch-bayerischen Zusammengehens in der deutschen Frage und kritisierte in lebhaftem Briefwechsel mit Droysen, Baumgarten und vor allem Duncker die passive Haltung der preußischen Regierung. In den entscheidenden Phasen hat er des öfteren mit wahrhaft staatsmännischen Vorschlägen Preußen aus seiner krankhaften und schädlichen Nonaktivität herauszureißen sich bemüht. Die Weite seines Blickes, das kluge Abwägen aller Komponenten und, was ihn über alle seine deutschen liberalen Freunde erhebt, der Mut, die Notwendigkeit der Stunde erfassend, Faktoren zur Erreichung seines Zieles einzubeziehen, die seiner inneren Anschauung nicht homogen waren, lassen uns ihn als einen der besten Köpfe der nächsten Zeit erscheinen. Sein zur Geltung sich durchringender Wirklichkeitssinn und die Kühnheit, den realen Tatsachen voll Rechnung zu tragen, machen es verständlich, daß er Cavour, der in den Kreisen seiner Parteigenossen allzusehr als Revolutionär verschrien war, als Vorbild ansprach.⁶⁶ Ungeachtet seiner ureigenen Abneigung gegen alles Revolutionäre, forderte er mit größtem Nachdruck die Anerkennung Italiens, erwartete er mit einer gewissen Schadenfreude in Oesterreich Unruhen und selbst den Sturz der Habsburger, dachte er daran, in einigen deutschen Staaten, besonders in Hannover, mit denselben Mitteln, wie Cavour sie in einigen italienischen Staaten anwandte, revolutionäre Be-

65. Etwa 1000 Abonnenten hatte sich die junge Zeitung im ersten Monat des Erscheinens gesichert.

66. s. Max Duncker, a. a. O. S. 185, 197, 230, 237. — J. Heyderhoff, a. a. O. S. 48.

wegungen zu inscenieren. Schließlich forderte er sogar in der Not der Stunde die Einberufung eines Parlaments auf einer Basis, wie er sie früher als zu demokratisch verworfen hatte.⁶⁷ Daß der Abschluß von Villafranca den Segen eines langen Friedens Europa bescheren würde, daran zweifelten alle einsichtigen Politiker der Zeit. In der Tat war ja auch keines der Probleme, an denen diese Jahrzehnte so schwanger waren, gelöst. Sardinien war eine neue Möglichkeit geschaffen, den italienischen Freiheits- und Einigungskampf durchzuführen. Daß die Bewegung an den Grenzen Venetien vor den schwarz-gelben Pfählen stehenbleiben würde, glaubte niemand, ebensowenig, daß Napoleon sich mit der „gloire“ begnügen würde. Die immer reifer werdende deutsche Frage war durch den Krieg nur akuter, keineswegs klarer geworden. Kurhessen war die wunde, überaus empfindliche Stelle des deutschen Bundes geblieben, und an der Eider mußte über kurz oder lang sich Preußen mit Dänemark, wahrscheinlich Deutschland mit Frankreich auseinandersetzen. So lag denn über den Jahren 1860/61 eine drückende Ungewißheit, die sich bei den Liberalen noch dadurch steigerte, daß in Preußen nichts getan wurde, aus der isolierten Stellung herauszukommen, und daß dieser Staat nicht durch eine kühne Initiative sich an die Spitze der deutschen Regierungen stellte und von seiner Seite aus das europäische Handeln beeinflusste. Die schwachen Vorstöße Preußens in der Bundeskriegsverfassung waren im Sande verlaufen. Die Forderungen des Nationalvereins hatten in Süddeutschland viel Unbehagen gefunden. Bis in die Märsstage war sich die preußische Regierung überhaupt nicht schlüssig, was sie tun wolle.⁶⁸

Sybel beklagte sehr die schwankende, unklare Haltung Berlins: „Wer in Deutschland von Politik redet und nicht — wenigstens nicht mit approximativer Wahrscheinlichkeit — sich eine Vorstellung von den eventuellen Entschlüssen Preußens machen kann, kommt nicht über die Funktion des Kannegießers hinaus. Ich gestehe nun, daß ich mich in diesem Falle befinde.“⁶⁹ Darüber, was eigentlich zu tun war, war sich zu-

67. s. unten S. 42 f.

68. Denkschrift Gruners vom März 1861. (Nachl. Gruner.)

69. Max Duncker, a. a. O. S. 184.

nächst auch Sybel nicht klar. Seine Vorschläge, an Stelle einer Verfassungsreform, wie sie der Nationalverein wünschte, eine enge Allianz zwischen den deutschen Fürsten „nach dem Muster des Fürstenbundes oder des Bourbonischen Familienpaktes“ zu setzen, waren geistreiche Reflektionen im Kopfe eines Gelehrten, konnten aber dem Gebot der Stunde in keiner Weise gerecht werden.⁷⁰ Nur dieses eine betonte er mit Nachdruck: sich auf keinen Fall mit Oesterreich zu verflechten. Er sah Oesterreich unmittelbar vor einer Revolution, die allzu leicht „eine Gefahr und ein Unglück für jeden deutschen Staat“ werden könne.

Während eines Aufenthaltes in Berlin, wo Sybel mit den führenden Politikern und selbst mit dem Prinz-Regenten sich über die Lage aussprechen konnte und immer wieder zu einer starken, bewußten, aktiven Handlung riet,⁷¹ mußte er die zaudernde Haltung des Auswärtigen Amtes mit tiefem Schmerze genauer konstatieren. Die Militärdebatte im Landtag hatte schon gezeigt, daß die Liberalen nicht mehr hinter ihren Vertretern im Ministerium standen, daß das Volk zu Schleinitz kein Vertrauen mehr hatte; Sybel konnte nun mit eigenen Augen diesen Mißstand sehen. Seinem Scharfblick konnte es nicht entgangen sein, daß es zu innerpolitischen Reibungen kommen müsse, wenn nicht durch eine kräftige Außenpolitik neues Vertrauen geschaffen würde.⁷² Von Schleinitz erwartete auch er keinen Anstoß mehr und forderte wie Duncker⁷³ als erste Voraussetzung die Abdankung dieses Mannes und die Uebernahme der außenpolitischen Geschäfte durch den Fürsten Anton von Hohenzollern.

Inzwischen war ihm durch Gerüchte von aggressiven Absichten auf die Pfalz die Gefahr von Frankreich her, die er im Februar noch als fernliegend bezeichnet hatte, stärker vor die Augen gerückt. Die Aufregung in Bayern wünschte er, wie schon im Frühjahr 1859, für Preußen zu gewinnen. Wie anders als durch schnelles aber

70. Beide Bünde waren reine Interessengruppen zur Abwehr gegen eine greifbare Gefahr äußerer Feinde und hatten eine ganz andere Mächtekonstellation zur Voraussetzung.

71. s. Max Duncker, a. a. O. S. 190.

72. Ähnlich dachte Max Duncker, der schon in einer Denkschrift vom 20. Februar 1860 zum aktiven Vorgehen in der Schleswig-Holsteinischen Frage riet. Vgl. R. Haym: a. a. O. S. 209/10 und S. 228.

73. Vgl. ebenda S. 212.

bewußtes Auftreten Berlins, das die Interessen Bayerns berücksichtigte. „Wer still sitzt, verliert täglich Boden ihm (Napoleon) gegenüber durch seine Nichtaktivität Binnen wenigen Jahren ist er der Gebieter Deutschlands und Europas, wenn sich nicht jemand findet, welcher die Tat der Tätigkeit, den Mut der Keckheit, das gute Gewissen der rechtlosen Offensive entgegenstellt. Es gibt niemand außer Preußen, der es vermöchte.“⁷⁴

Noch deutlicher offenbart er seinen Optimismus einen Monat später, als sich die Gerüchte verdichtet hatten: „Es ist eben, wie wir es oft besprochen haben, Preußen muß sich nur rühren, muß nur zeigen, daß es Willen und Kraft hat, so fällt der süddeutsche Preußenhaß fest zu Boden“.⁷⁵ Im Gegensatz zu seinen norddeutschen Freunden wünschte er aber nicht irgendwelche Anträge über die Bundeskriegsverfassung. Er kannte die Empfindlichkeit der Süddeutschen, und glaubte ihr in der Form entgegenkommen zu müssen, auf diplomatischem Wege bei den Regierungen zu erzielen, daß die Armee aus den Staaten nördlich des Main dem preußischen Oberbefehl, die Truppen Süddeutschlands aber dem bayerischen unterstellt werden sollten. Auf diesem Wege könne Preußen sich mit Bayern verständigen und eine gemeinsame Aktion gegen Napoleon ermöglichen.

Vor den drohenden Mienen des Bonaparten wandte sich Sybel wieder etwas freundlicher nach Oesterreich hin, nicht, um sich diesem auf Leben und Tod zu verschreiben. Ein Vertrag mit ihm „auf Gebietsgarantie gegen französischen Angriff, mit gesamter Macht“, aber, und das betonte er besonders, „mit Ausschluß jeder eigenen Offensive Oesterreichs in Italien“,⁷⁶ dünkte ihm um so wertvoller, als auch England, das in orientalischen Fragen sich von neuem zu verwickeln begann, sich wieder freundlicher nach Wien hin zeigte. Auf dieser Basis tendierten die gesamten außenpolitischen Forderungen Sybels während der kommenden Monate: Anerkennung und Freundschaft Italiens und enge Allianz mit England.⁷⁷

74. Max Duncker, a. a. O. S. 194.

75. Ebenda, S. 206 und J. Heyderhoff, a. a. O. S. 50.

76. Max Duncker, a. a. O. S. 197.

77. In der letzten Forderung ging Sybel mit den meisten Liberalen, besonders mit Duncker konform. — Vgl. R. Haym, a. a. O. S. 217.

Den Monarchenbesuchen im Laufe des Sommers folgte Sybel mit einem gewissen Mißtrauen. Wenn er auch die Haltung des Prinz-Regenten bei der Begegnung mit Napoleon in Baden-Baden und mit Kaiser Franz Josef in Teplitz zu würdigen wußte, so konnte er doch nicht einsehen, daß die Politik „der völligen Freiheit à la Wilhelm I.“ für Preußen erträglich sein würde. Er wünschte, daß Preußen den Rückhalt in einer festen europäischen Allianz suche, Es ist eine ganz einzigartige, kühne Kalkulation, mit der er sein Allianzsystem aufstellte: Preußen, England, Italien. Daß Berlin das Bündnis Englands brauchte, war nach Ansicht aller Liberaler eine Selbstverständlichkeit. Es bot eine Garantie gegen die imperialistischen Tendenzen Frankreichs und ermöglichte ein Vorgehen gegen Dänemark in der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit. Durchaus realpolitisch ist seine Erwägung, sich mit Italien zu engagieren und die erst entstehende Macht voll in Rechnung zu stellen.⁷⁸ Solche Pläne konnten aber bei der schlaffen Berliner Regierung keinen Anklang finden. Von der Wilhelmstraße aus sah man in Italien den Unruheherd Europas, in der Bedrohung Venedigs die Gefahr eines unmittelbar bevorstehenden Krieges.⁷⁹ Die Isolierung Preußens fühlte man natürlich auch dort. Aber man suchte den Weg nach Wien. Zu kühnen Erwägungen fehlte der Weitblick und vor allem der Mut. Mit Italien wollte man unter keinen Umständen sich einlassen; das Bündnis mit Wien aber bedeutete Abwarten, Defensive. Sybel haßte diese Ueberlegung. Er sah in solcher Politik Unterwerfung Preußen—Deutschlands unter die Interessen Oesterreichs, „bluten für österreichische Sauerei in Italien“. Ein preußisches Bündnis mit dem Italien Cavour's konnte aber, mußte eigentlich, wie Sybel berechnete, in dreifacher Hinsicht von Vorteil sein.

E r s t e n s: Preußen handle im Einverständnis und Interesse Englands, erobere sich also auf diesem Wege dessen Freundschaft und Bündnis.

78. Auch die Süddeutsche Zeitung spricht von einer Anerkennung Italiens aus ähnlichen Gründen wie Sybel; aber die Gedanken sind verklausulierter, und die Kombination ist nicht so klar und einleuchtend wie in dem glänzenden Briefwechsel Sybels mit Duncker. — Vgl. Süddeutsche Zeitung 1860, Nr. 93, 157 und 306.

79. Denkschrift Gruners, Ende 1860. (Nachl. Gruner.)

Zweitens: Italien würde von Frankreich, dessen Machtinteressen es doch selbst hart empfinden mußte, und durch die es in seinem Einigungsstreben nur gehemmt wurde, weggezogen und an Preußen—England gefesselt werden.

Drittens: Die Kriegsgefahr, die durch den drohenden Einmarsch der Italiener in Venetien immer näher rückte, würde beschworen. Preußen könne also vor der Gelegenheit verschont bleiben, für österreichische Interessen am Rheine kämpfen zu müssen.

Das Kabinett Palmerstone hatte von Anfang an eine gewisse Sympathie für den italienischen Befreiungskampf gezeigt und hätte wohl um so lieber seine Freundschaft zu Cavour mit Preußen geteilt, als es dadurch den ihm unangenehmen Einfluß Napoleons in den italienischen Dingen leichter zurückdrängen konnte. Etwas freilich hat wohl Sybel nicht ganz erwogen: England konnte in seiner italienischen Politik die Spitze nicht so scharf gegen Frankreich kehren, wie Preußen das erwartet hätte, weil es wegen seiner orientalischen Händel sich nicht zu sehr mit Napoleon entzweien, und diesen stärker nach Petersburg drängen wollte. Preußen könne, wie Sybel glaubte, Cavour völlig von seinem ehemaligen Protektor und jetzigem Hemmnis wegziehen. „Ich habe kaum einen Zweifel“, schrieb Sybel an Droysen, „daß dem vereinigten Erbietten Englands und Preußens die Regierung Viktor Emanuels mit Freuden entgegenkommen würde... Es scheint mir einleuchtend, daß es keinen unbequemerem Zug für Napoleon gäbe als diesen: er setze ihn außer Einfluß in Italien und gäbe ihm keine Möglichkeit, ohne die brutalste Demaskierung seines Ehrgeizes zu opponieren.“⁸⁰

Kühner noch als diese Berechnung ist die dritte, den bevorstehenden Krieg um Venetien, in dem sich diesmal Preußen unmöglich neutral verhalten könne, abzubiegen. Sybel kalkulierte so: man müsse bei den Verhandlungen mit Cavour Italiens Kampf um Venetien ablenken und ihm den Weg nach Rom zeigen. Er bezweifelte nicht, daß Rom, das Herz und die alte Hauptstadt der Halbinsel, ein viel stärker ersohntes und für das Königreich bedeutenderes Territorium sei als die Provinz im Nordosten. Unter

80. J. Heyderhoff, a. a. O. S. 50. — Aehnlich Max Duncker, a. a. O. S. 235.

der Bedingung der Anerkennung und freundschaftlichen Unterstützung würde unbedingt der kluge Rechner Cavour die vorläufige Unantastbarkeit Venetiens garantieren. „Die Anerkennung des Königreichs Italien durch Berlin und London wäre für Turin von solchem Werte, daß nurein Blödsinniger darauf den Verzicht von Venetien verweigern würde.“⁸¹

Der weitere große Vorteil einer solchen Abmachung wäre eine Lähmung der österreichischen Ambitionen in Italien. Wien müßte dann seine alten italienischen Eroberungspläne aufgeben, und Preußen wäre von der Sorge befreit, doch noch für dessen Belange in einer ganz undeutschen Angelegenheit sich einsetzen zu müssen.

Sybel kannte die Bedenken, die man von preußischer Seite gegen eine enge Verbindung mit Italien einzuwenden hatte. Duncker, dem er seine Ansichten mitteilte, glaubte nicht daran, daß Turin die französische Freundschaft mit der preußischen vertauschen und seine Absichten auf Venetien zurückstellen oder aufgeben wolle. Er sah sich schon in der Lage, für Italien gegen Oesterreich marschieren zu müssen. Sybels Ausführungen gegen diese Bedenken fanden keinen Anklang bei dem Freunde, viel weniger noch bei dem ihm ferner stehenden Ministerium. Die Ansicht, daß Preußen mit einem revolutionären Staate in kein Bündnis eintreten könne, lehnte er angesichts der politischen Notwendigkeit ab und suchte sie in einer klugen, von rein staatsmännischen Gesichtspunkten geleiteten Theorie zu entkräften: Jede Revolution sei verwerflich, „keine ist gerecht, aber schon manche ist unvermeidlich gewesen“. Keine Revolution sei erfreulich, aber oft wäre die Restauration noch viel unerfreulicher gewesen. Sei aber eine Revolution ausgebrochen, so bestehe die Gefahr in der Permanenz, „der dauernden Auflösung der ordnenden Prinzipien“. Um diese zu vermeiden, müsse man die Revolution „entweder so rasch wie möglich ersticken oder so rasch wie möglich legalisieren“.⁸² Cavour's Bestreben sei es, der Bewegung, auch da, wo sie über formelles Recht hinweggeschritten sei, Ordnung und Disziplin folgen zu lassen. Mit „an Diktatur angrenzender Autorität“ habe er auch

81. J. Heyderhoff, a. a. O. S. 51.

82. Max Duncker, a. a. O. S. 286.

im Süden die piemontesische Herrschaft errichtet. Mit grimmiger Ironie verurteilte Sybel die Schleinitz'sche Note vom 13. Oktober 1860,⁸³ die nichts enthalte, „als völlig ins Blaue treffende Erörterungen über Cavours rechtswidriges Verfahren“. „Es kam mir vor, wie wenn man einer rollenden Lawine eine Vorlesung hielte, es sei doch unerlaubt, daß sie nicht auf der Hälfte des Abhangs Halt gemacht, da ja unten Häuser ständen, die nur von ihren Eigentümern ruiniert werden dürften.“⁸⁴

Ueber die italienischen Sorgen überhörte Sybel nicht die Stimmen, die immer lauter dazu mahnten, sich der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit zu widmen. Aber er sah diese Frage nicht isoliert, wie die meisten norddeutschen Liberalen. Erst müsse man England gewonnen, es für deutsche Belange interessiert und stärker von Frankreich abgezogen haben. Der Anknüpfungspunkt sei die italienische Sache, in der man erst fest und nachdrücklich zugreifen müsse. Man könnte doch nicht preußische Truppen an der Eider, österreichische in Venetien kämpfen und Deutschland Napoleon mit einigen hunderttausend Mann den Rhein überschreiten lassen. Eine Regelung der italienischen Dinge sei aber unaufschiebbar notwendig, da sonst im nächsten Frühjahr im Süden der Krieg unvermeidlich sei. Zudem drohe in Oesterreich der Bürgerkrieg.

Sybels Ungeduld über die „Tatenscheu“ der Gruner und Schleinitz steigerte sich von Woche zu Woche, und um die Jahreswende schien ihm nur noch der Weg übrig, der zur „Katastrophe“ führe.⁸⁵

Während aus den Dezemberbriefen Sybels tiefste Resignation und Hoffnungslosigkeit sprach, brachte er mit dem neuen Jahr einen Plan, der ihm die letzte Möglichkeit zu sein dünkte, aus der gefahrvollen Situation hinauszuführen. Es mutet fast eigenartig an, gerade aus seinem Munde den Gedanken eines deutschen Parlaments so ausgesprochen zu hören. Sybel war sich bewußt, wie sehr er bisher gegen ein solches Organ plädiert hatte; er versuchte

83. J. Heyderhoff, a. a. O. S. 51.

84. Vgl. Schulthess: Europäischer Geschichtskalender für 1860, a. a. O. S. 98.

85. Max Duncker, a. a. O. S. 256.

deshalb seine Gründe, die ihn zu diesem Gedanken, den er noch vor einem Jahr entschieden abgelehnt hatte,⁸⁶ führten, mit größter Deutlichkeit darzulegen. Zweifellos bewegte ihn in erster Linie die Sorge um die äußeren Gefahren, nicht weniger aber auch die Angst vor einer radikalen Umwälzung bezw. einer ebenso radikalen Reaktion innerhalb Preußens und Deutschlands in diese Richtung. Die letzten Jahre hatten die Unbrauchbarkeit der Bundesverfassung, besonders der Bundeskriegsverfassung hell beleuchtet. Die drohende Kriegsgefahr aber machte es notwendig, sich geeint dem Gegner bereit zu zeigen. Ein nationaler Krieg fordere ein „nationales Organ“; eine schnelle und durchgreifende Entscheidung setze eine einheitliche Leitung voraus. „Wie soll der äußere Krieg geführt werden unter der jetzigen Bundeskriegsverfassung, die, wie die Erfahrung zeigt, unter den Händen des Bundestages unheilbar ist? Wie sollen ferner die Geldmittel beschafft werden, wenn jede Forderung erst von 33 Kammern bewilligt werden muß, oder doch jede der 33 Regierungen diesen Vorwand für ihre Weigerung geltend machen kann?“⁸⁷ Sybel sah Frankreich an den Toren des Reiches stehen, die Nation aber zerrissen und uneinig. Er sah aber auch die inneren Unruhen im Lande sich dauernd steigern und fürchtete, daß eine Revolution das liberale Regime vollkommen über den Haufen werfe. Die „eingepreßte Kriegssorge“ müsse, so glaubte er bestimmt, sich in „revolutionäre Stimmung umsetzen“. Mit innerster Ueberwindung bekannte er sich zu dem einzig möglichen „Weg einer deutschen Volksvertretung“. Das Gespenst der Verfassung von 1849, das in den Kreisen des Nationalvereins wieder auftauchte, wollte er dadurch beschwören, daß man ihm zuvorkomme, daß man eine Volksvertretung schaffe, die sich weder für die großdeutschen Wünsche noch für die demokratischen Grundrechte bereit erkläre.

Wie sollte dieses Parlament aussehen?

86. Max Duncker, a. a. O. S. 264: „Sie wissen, daß ich vor einem Jahr so entschieden gegen jeden Gedanken an ein deutsches Parlament war, wie es heute Schleinitz nur sein kann. s. auch Brief Sybels an Duncker v. 3. 2. 60 (Max Duncker, a. a. O. S. 184).

87. Max Duncker, a. a. O. S. 254.

Den Gedanken, es aus den Kammerausschüssen zu bilden, lehnte er ab. Es sollte unabhängiger von den einzelnen Regierungen sein. Das Volk sollte es berufen, aus je 200 000 Seelen sollte ein Abgeordneter gekürt werden. Ueber die Funktion dieses Organs war sich Sybel wohl selbst nicht klar. Er erwartete, daß es eine Zentralgewalt ernenne, an deren Spitze nur der preußische König stehen könne. Alles andere ergebe sich von selbst, es ließe sich „Punkt auf Punkt ein Ergebnis aus dem anderen entwickeln“.⁸⁸ Diese dunkle Fixierung wird etwas klarer, wo er über die Funktion Preußens sich äußerte: „Es käme darauf an, daß Preußen alles zur Leitung der auswärtigen und Kriegs-Politik Erforderliche energisch ergriffe, alles zum Departement gehörige ebenso energisch abwies“.⁸⁸ Es sollte also die Vorstufe eines geeinten Deutschland mit preußischer Hegemonie sein, in vielem ähnlich dem Reichstag, den nachher Bismarck schuf. Der utopische Charakter dieses Vorschlages wird erst da voll einleuchtend, wo sich Sybel über den Weg zur Verwirklichung äußerte. Nur dadurch, so glaubte er, könne man zu einem solchen unrevolutionären Reichsorgan kommen, daß die preußische Regierung beim Bundesrat den Antrag auf Bildung eines Parlaments durchsetze. Wie konnte Sybel glauben, daß der Bundestag, in dem doch immer noch der österreichische Einfluß dominierte, der so kraß alle Reformen innerhalb seiner Verfassung abgelehnt hatte, ein Parlament neben sich errichte oder auch nur dulde, das Oesterreich ausschließe und so wichtige Lebensfragen wie Außenpolitik und Kriegsführung einer von Preußen geführten Zentralgewalt übertrüge? Der so oft so klar blickende Politiker und so oft enttäuschte Patriot schien sich plötzlich wieder in Kathederweisheit verrannt zu haben. Ganz abgesehen davon, daß zu großzügigen und kühnen Aktionen die Berliner Regierung niemals zu bewegen war, hätte er nach all den Fehlschlägen der letzten Zeit die Intentionen und Kräfteverhältnisse des Bundesrates doch genauer kennen müssen. Freilich zeigte die Adressdebatte zu Anfang Februar, daß auch im preußischen Abgeordneten-Haus ähnliche Gedanken lebhaft die Gemüter erfaßt hatten.⁸⁹

88. Max Duncker, a. a. O. S. 255.

89. Vgl. Stenogr. Bericht des Abg.-Hauses vom 7. II. 1861, 11. Sitzung.

Die Antwort des Ministers⁹⁰ weckte bald Sybel aus seinen Parlamentsträumen auf.⁹¹

Die folgenden Monate waren ausgefüllt mit bedeutungslosen Händeln, sowohl in der inneren wie in der äußeren Politik.⁹² Die Haltung der preußischen Regierung blieb unsicher und durchaus unklar. Auch Bernstorff vermochte keinen anderen Wind in die außenpolitischen Geschäfte zu tragen. Man zankte sich um Parlamentsfragen und Bundesreformvorschläge, feierte in Königsberg ein Krönungsfest, aber vorwärts kam man keinen Schritt. Sybels Interessen wurden absorbiert von Sorgen um seine persönliche Zukunft. Seine wenigen Briefe politischen Inhalts⁹³ sind unbedeutend und zeugen von seiner Hilflosigkeit und Mattigkeit.

Der sich immer mehr zuspitzende Konflikt mit König Max von Bayern, sein Abschied von München und seine Hoffnungen auf das neue Arbeitsfeld am Rhein verdienen eine eingehende Würdigung.

90. Schleinitz antwortete auf die Anfragen einiger Abgeordneten: „Aber, meine Herren, abgesehen hiervon (nämlich, daß Reformpläne nur Zwietracht zwischen die deutschen Regierungen säen würden) entsteht doch auch die Frage, ob denn eine so schwierige und kritische Weltlage, wie die gegenwärtige, der geeignete Moment sein würde, um so umfangreiche und tiefgreifende Reformpläne anzuregen, Reformpläne über die noch sehr wenig Verständnis und noch weniger Einverständnis herrscht. Ich vermag nach bester Ueberzeugung diese Frage nicht zu bejahen.“

91. Max Duncker, a. a. O. S. 262—266.

92. Sybel gab mit Recht in seiner Reichsgründungsgeschichte dem Kapitel, daß diese Zeit bespricht, die Ueberschrift: „Konflikte auf allen Seiten“. (Sybel: Begründung des deutschen Reiches durch Wilhelm I., Bd. II, S. 388.)

93. s. Max Duncker, a. a. O. S. 272 und S. 286.

Das zweite Kapitel beleuchtet die Gründe, die Sybel zwangen, München zu verlassen. Unter dem Drucke der klerikalen Partei und der von Oesterreich genährten Stimmung in München zog König Max sich von seinem Freund und Ratgeber Sybel immer mehr zurück, bis der Gelehrte seine Stellung in Bayern beengt und gefährdet sah. Nur schweren Herzens trennte er sich von seinem weiten, fruchtbaren Arbeitsfeld und nahm den Ruf an die Universität in Bonn an.

Das dritte Kapitel zeigt Sybel als praktischen Politiker. Der kaum an den Rhein zurückgekehrte Liberale wurde von der Stadt Krefeld als Abgeordneter in den preußischen Landtag gewählt und entfaltete als einer der Führer des linken Zentrums eine reiche Tätigkeit. Die großen Reden in der Adreßdebatte im Frühjahr 1862 und bei der Beratung über die Neugestaltung des Heerwesens im Sommer desselben Jahres waren rhetorische Meisterwerke, erzielten aber nicht die Wirkung, die Sybel erwartete. Sein Versuch, das liberale Regime in Preußen zu retten und die Heeresreform in eine für die liberale Anschauung erträgliche Bahn zu leiten, mißlang. Das Ministerium Bismarck zwang Sybel in eine Kampffront mit der bisher von ihm bekämpften Fortschrittspartei.

Lebenslauf.

Als Sohn des Kaufmanns Johann Ferres wurde ich, Martin Ferres, am 8. Juli 1900 in Mülheim/Mosel geboren. Ich besuchte die Volksschule in Mülheim/Mosel, die Präparandenanstalt und das Lehrerseminar in Wittlich. Am 22. April 1926 erwarb ich mir in Köln das Reifezeugnis eines Realgymnasiums. Ich studierte an den Universitäten Köln und Berlin. In Berlin nahm ich an den Vorlesungen bezw. Uebungen folgender Herren teil: Bernhard, Brackmann, Dessoir, H. Maier, Marcks, Meinecke, Schumacher, Sombart, Stumpf, Vierkandt.

Mit besonderer Dankbarkeit bekenne ich mich zu den Anregungen, die ich von meinem hochverehrten Lehrer Friedrich Meinecke empfangen habe.

